

Kampfungen leben. Mit aller Schärfe muß festgestellt werden, daß alle Schlichtungsverhandlungen, alle Schiedsprüche und Vereinbarungen zwischen Gewerkschaftskomitee und Unternehmern Lohnabbau bringen und die Bergarbeiter für Ministerfessel an die Unternehmer verschleiert werden sollen.

Die Bergarbeiter dürfen nicht warten, bis ihnen das Freil über die Ohren gezogen wird. Sie müssen zum Angriff gegen die faschistische Lohnräuber übergehen.

Sie müssen ihr nacktes Leben, die Existenz ihrer hungernden Frauen und Kinder verteidigen. Deshalb erklärt die Schachtdelegierten-Konferenz:

Jeder Betrieb muß sofort streikfertig und streikfertig dastehen.

Jeder Betrieb hört nur auf die Forderungen der RGD und des Zentralen Kampfausschusses.

Jeder betriebliche Kampfausschuss unterbreitet der Verwaltung folgende Forderungen:

- 1. Keinen Pfennig Lohnraub und keinerlei Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.**
- 2. Siebenstundenschicht mit Lohnausgleich und Wiedereinstellung der hinausgerationalisierten Bergarbeiter.**

Im Falle der Ablehnung des Ultimatum werden die letzten Forderungen zum Streik getroffen.

In keiner Delegiertenversammlung, in keiner Versammlung der organisierten und unorganisierten Kollegen dürfen Gewerkschaftsbeamten oder Verräter sprechen, die für Lohnabbau eintreten. Allen Demagogen und perfarbenen Verrätern, die mit dem Maul angeblich gegen Lohnabbau sind, die sich aber weigern, gegen jeden Versuch des Lohnabbaus den Streik zu erklären, die die Bergarbeiter auf faschistische Schlichtungsverhandlungen und Schiedsprüche mit Lohnraub verweisen, die mit gemeiner Hinterlist die Arbeiter zu „Ruhe“ und „Abwarten“ auffordern, muß das Handwerk gelegt werden.

Die obereschlesischen Bergarbeiter appellieren an die organisierten Kameraden:

Bildet eine Einheitsfront für den Streik gegen den Lohnraub. Vereinigt euch mit den Unorganisierten unter dem Banner der RGD. Jagt alle Spalter und Streikbrecher von euch.

Die Bergarbeiter lassen sich durch den brutalen faschistischen

Feind der Arbeiterpolitik, die an der Ruhr gegen die streikenden Kameraden mit beispielloser Grausamkeit wütet, nicht einschüchtern. Sie wissen, daß der politische Staatsapparat von den Unternehmern, dem Zentrum und der Sozialdemokratie mit allen bewaffneten Machtmitteln eingesetzt wird, um den gerechten Streik für Brot und Arbeit zu zerquetschen. Die Bergarbeiter wissen, daß ihr Kampf um Brot und Arbeit nicht nur ein ökonomischer, sondern auch ein politischer Machtkampf gegen die faschistische Diktatur ist. Sie wissen, daß von allen politischen Parteien nur die kommunistische Partei, von allen Gewerkschaftsorganisationen nur die RGD, ihren gerechten Kampf unterstützen. Die Schachtdelegiertenkonferenz erklärt im Namen der gewaltigen Mehrheit der obereschlesischen Bergarbeiter, daß die obereschlesischen sozialdemokratischen, christlichen und kirchlich-wunderschen Gewerkschaften sich als Lohnraub- und Streikbrecherorganisationen und Verteidiger des faschistischen Schlichtungsmechanismus entlarven. Die Bergarbeiter werden nicht nur in Massen in die RGD eintreten, sondern mit der Schaffung des roten Einheitsverbandes aller obereschlesischen Bergarbeiter beginnen und diese scharfe Waffe sofort gegen die Lohnräuber anwenden.

Die Schachtdelegierten-Konferenz ruft alle Belegschaften auf den Kampfposten. Sie reicht allen sozialdemokratischen, christlichen und polnischen Bergarbeitern die Bruderhand zum einigen geschlossenen Massenstreik gegen Lohnraub und faschistische Diktatur. Sie fordert alle Bergarbeiter, alle Jugendlichen, Frauen, Erwerbslosen und das ganze werktätige Volk Oberschlesiens auf, fest zusammenzustehen, das Kampfbündnis mit den Bergarbeitern an der Ruhr und in Südwales zu schließen, die Sammlungen für den Streik zu unterstützen, den Streikposten die Arbeit zu erleichtern und mit vereinter Massenkraft die Lohnräuber und faschistischen Diktatoren zu besiegen.

Masseneintritt in die RGD.

Mobilmachung aller Bergarbeiter und aller Werktätigen Oberschlesiens.

Solidarität mit den Brüdern von Rhein und Ruhr.

Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und gegen die faschistische Brünning-Diktatur.

Es gibt nur einen Weg:

Streik!

Hindenburg, den 6. Januar 1931.

Die Delegierten und Kampfausschüsse der obereschlesischen Schachtanlagen.

Mobilmachung in Niederschlesien

Am Sonntag Bergbaudelegiertentagung für Waldenburg und Neurode

Waldenburg, 7. Januar. Die RGD im niederschlesischen Kohlenrevier hat die Mobilisierung der Bergarbeiter mit gesteigerter Energie in Angriff genommen. Sofort nach Bekanntwerden des Streikbeginns im Ruhrrevier legte auf allen Schächten eine lebhafteste Diskussion ein. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß durch den Streik im Ruhrgebiet und den Streikbeschluss in Oberschlesien die Situation in Niederschlesien außerordentlich günstig für die Inangriffnahme eines Streiks gegen den beschämenden Lohnraub ist. Am Donnerstag, Freitag und Sonnabend finden sieben Bergarbeiterversammlungen, davon zwei im Neuroder Revier, statt. In diesen Versammlungen sollen u. a. Delegierte zu einer für Sonntag, den 11. Januar, vormittags 9 Uhr, in der „Vermärkts-Hütte“, Niederschlesien, stattfindenden Bergbaudelegiertentagung gewählt werden. Die Bergbaudelegiertentagung am Sonntag wird dann weitere Beschlüsse fällen.

Die am Montag zwischen dem herabwürdigen Verein und den Gewerkschaftsdelegierten fortgeführten Verhandlungen haben keine

zehn Minuten gedauert. Wie verlautet, fordern die Unternehmer einen Abbau der Effektivlöhne um 10 Prozent. Da der Dauer-Mindestlohn im Revier Waldenburg 6,30 Mark und im Revier Neurode nur 5,50 Mark beträgt, also ein wahrer Hungerlohn ist, hat die Forderung der Unternehmer eine ungeheure Empörung ausgelöst. Die Montag-Verhandlungen waren lediglich eine Fühlungsnahme; die Entscheidung über die Höhe des Lohnabbaus der Ruhr und in Oberschlesien gefällt werden, eine Absicht, die durch die Aktivität der Bergarbeiter durchkreuzt werden muß.

Niederschlesische Bergarbeiter! Noch nie war es so dringend erforderlich, den Kameraden in den anderen Revieren kämpfende Solidarität zu erweisen, noch nie so günstig, damit den Kampf für die eigenen Forderungen zu verbinden. Mittelst auch die letzten Kameraden auf! Befucht die von der RGD, festgelegten Versammlungen! Jagt Kampfbeschlüsse! Entsendet Delegierte zu der Bergbaudelegiertentagung am Sonntag in Hermsdorf!

SPD. und Werftkapital maßregeln rote Betriebsräte

Ein besonderes Kapitel im Kampf gegen die revolutionären Vertreter der Arbeiterschaft in den Betriebsräten und gegen SPD-Mehrheiten bildet das gemeinsame Vorgehen des Werftkapitals, der SPD und der Deutschnationalen gegen den roten Betriebsratsvorsitzenden Herbert Warnke auf der größten deutschen Werft Blohm & Voß in Hamburg. Genosse Herbert Warnke wurde, da er wiederum Spitzenkandidat der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist, freilich entlassen, um zu verhindern, daß er bei den am Ende dieses Monats stattfindenden Betriebsratswahlen gewählt werden könnte. Seine Entlassung ersucht das engste Zusammenarbeiten der SPD mit den Kapitalisten. Die SPD-Führer haben in enger Zusammenarbeit mit der Werftverwaltung die neuen Betriebsratswahlen erwirkt, indem sie ihre Hand dazu boten, daß alle revolutionären Arbeiter bei Blohm & Voß, die auf der RGD-Liste kandidiert hatten, entlassen wurden, obwohl der alte Betriebsrat eine Vereinbarung getroffen hatte, daß vor dem 29. Dezember keine Entlassungen vorgenommen werden könnten. Bis zu diesem Termin hat die Echarf-macherfirma Blohm & Voß alle Ersatzleute der RGD-Liste entlassen. Der Arbeiterratsvorsitzende Genosse Warnke wurde nach einer mühen Hege der SPD vom Landesarbeitsgericht in letzter Instanz als Ar-

beiterratsvorsitzender abgesetzt und weitere Kollegen der RGD. gemahregelt, so daß sich eine Neuwahl des Betriebsrates notwendig machte.

Zu dieser Neuwahl kandidierte der Genosse Warnke als Spitzenkandidat. Um seine Wahl zu verhindern, verbanden sich Werftkapital und SPD. Es wurde ein Wahlvorstand eingesetzt, dem ein deutsch-nationaler Angestelltenvertreter und zwei SPD-Leute angehören. Der RGD-Vertreter Warnke wurde von der gemeinsamen Front Deutsch-nationaler und SPD. vom Wahlvorstand ausgeschlossen, trotzdem bei der letzten Betriebsratswahl die rote Betriebsratsliste die absolute Mehrheit bekommen hatte. Der Zweck dieser Zusammenarbeit im Auftrag des Werftkapitals war, dem Genossen Warnke den Schutz vor der Kündigung zu nehmen und ihn den Werftkapitalisten zu opfern. Diese haben dann auch entsprechend gehandelt und seine sofortige Entlassung ausgesprochen.

Die sozialfaschistische und faschistische Front bei Blohm & Voß wird sich täuschen, die Betriebsratswahlen werden zeigen, daß die Werftarbeiter zur RGD. stehen. Schon oft hat die rote Fahne auf den Helgen der Werft geweht, sie wird bald wieder hoch über den Masten der Schiffe im Hamburger Hafen wehen.

Erschütternder Hilferuf eines Tabakarbeiters

Die Rotverordnung Brünnings überliefert Tausende dem Hunger

Die „Neue Arbeiter-Zeitung“, Hannover, erhielt folgenden Brief eines Tabakarbeiters aus dem Mindener Gebiet:

„Proletarierelend lernt man nicht nur in der Großstadt kennen, sondern auch in den entlegensten Winkeln des Dorfes. Proletarierelend ist vor allem bei uns im Kreise Lübbeke zu Hause, dessen Lebensnerv die Tabakindustrie ist. Der Tabakarbeiter ist von jeher eines der größten Ausbeutungsobjekte der kapitalistischen Gesellschaft gewesen. Er lernt keinen Achtundentag, sondern schuftet zwölf bis fünfzehn Stunden, und noch dazu für einen lärglichen Hundelohn, den der Kapitalist für die staubige, ungesunde Beschäftigung gemährt. Der Stundenlohn dieser ausgebeuteten Arbeiter beträgt im Durchschnitt 30 bis 35 Pfennig. Wo eine kinderreiche Familie gezwungen ist, in diesem Verufe tätig zu sein, müssen die kleinen Kinder von früh auf in diesem Verufe arbeiten, durch Entrippen des Tabaks usw., um sich überhaupt einigermaßen durchs Leben schlagen zu können.

So wird das Kind des Zigarrenarbeiters schon früh in den Arbeitsprozess hineingeworfen, wo es den Keim der Tuberkulose in sich aufnehmen muß.

Wenn man die elenden Proletarierwohnungen unseres Bezirks in Augenschein nimmt, in denen durch Heimarbeit die Luft vollends vergiftet wird, kann man verstehen, daß die Tuberkulose unter den Tabakarbeitern so stark grassiert.

Die Zigarrenindustrie entfällt hier in zwei Kategorien: Fabrikarbeit und Heimarbeit. Wer aber glaubt, daß die Fabrikarbeiter nach Betriebschluß Feierabend haben, der ist gewaltig auf dem Holzwege.

Wenn man um 19 Uhr vor einer Zigarrenfabrik steht, steht man ein Bild des Entsetzens.

Da ziehen Scharen von Zigarrenarbeitern die Straße entlang, sie sehen aus wie die Paderel. Unter jedem Arm tragen sie ein großes Paket mit Tabak. Diese Pakete werden von den Arbeitern „Häuber und Ehebrücher“ genannt. Dies ist der Tabak, der auf den nächsten Tag zubereitet wird. Bis spät in die Nacht schuftet also die Tabakarbeiter noch zu Hause.

Durch die Diktaturverordnung Brünnings, die den Tabak wieder ganz besonders belastet, wird die Notlage dieser Hungerregierten noch

An die zentrale Streikleitung der Schachtanlagen im Ruhrgebiet

Die Delegierten und Kampfausschüsse der obereschlesischen Schachtanlagen entsenden den im heftigsten Kampfe stehenden Ruhrbergarbeitern heiße Kampfesgrüße. Dieser Kampf, den die Ruhrbergarbeiter führen, ist von größter politischer Bedeutung für das gesamte deutsche Proletariat. Die obereschlesischen Bergarbeiter erkennen, daß die RGD, an der Ruhr, so auch in Oberschlesien, die einzige Führerin im Kampf gegen Lohnabbau und faschistische Hungerdiktatur ist. Sie wissen, daß von allen politischen Parteien nur die SPD, ihren gerechten Kampf unterstützt.

Die Schachtdelegiertenkonferenz ruft den im härtesten Kampfe gegen Lohnraub, Polizeiterrort und faschistische Streikbrecherorganisation stehenden Ruhrbergarbeitern zu:

Halte aus; wir sind streikfertig; wir lassen euch nicht verbluten!

**Es lebe die Kampffront zwischen Ruhr und Oberschlesien!
Es lebe unser Sieg!**

viel größer werden. Hierbei darf man nicht vergessen, daß auch die Sozialdemokraten, an deren Spitze in unserem Wahlkreis der kleine Metallarbeiter aus Bielefeld gewählt wurde, der Mann, der mit Summknüttel und härteren Mitteln den Hunger stillen will, diesem Raubung ihre Zustimmung gegeben haben.

Was sagen hierzu die reformistischen Führer des Tabakarbeiterverbandes? Sie schreiben, daß diejenigen, die gegen die Tabaksteuer gestimmt haben, dies nur getan haben, um bei der nächsten Reichstagswahl die Stimmen der Tabakarbeiter zu erlangen.

Arbeiter, so versuchen eure eigenen Gewerkschaftsführer euch zu verdammen und der weiteren Erlebung preiszugeben.

Auch die Nazis, die in den Versammlungen erzählten, gegen die Tabaksteuer gestimmt zu haben, betreiben Dummensang, um auf diese Weise hungrige Proleten vor den Karren ehemaliger wilhelminischer Offiziere und der Schwerindustriellen zu spannen.

Die Tabakfabrikanten werden nunmehr die Proleten rüchlos auf die Straße schmeißen. Sie versuchen ferner, durch einen weiteren Abbau des jetzigen Hungerlohnes die Auswirkungen der Steuer restlos auf die Arbeiter abzuwälzen und für sich noch einen Profit dabei herauszuschinden.

So sieht das Schicksal der hungrigen Tabakarbeiter in der kapitalistischen Republik aus, in der Sozial- und Nationalfaschisten im Kampf um die Futtertrippe den Kapitalisten die Stiefel ledern.

Tabakarbeiter, es kann nicht eure Absicht sein, Rüstschmeißend zugrunde zu gehen, Frau und Kind im Elend dahinsiechen zu lassen, darum müßt ihr euch aufraffen und geschlossen den Kampf gegen eure Ausbeuter aufnehmen.

Hinein in die kommunistische Partei!

Neuer Abbau der Erwerbslosenunterstützung geplant

Die Brünnings-Regierung hat den Plan, einen erneuten schärferen Abbau der Arbeitslosenunterstützung durchzuführen. Vor allem beabsichtigt man, alle Arbeitslosen wieder der Bedürftigkeitsprüfung zu unterwerfen.

In dieser Situation macht der Reichsfinanzminister Dietrich den Vorschlag, an Stelle der Arbeitslosenunterstützung ein System einzuführen, nach welchem die Unternehmer Zuschüsse erhalten sollen, wenn sie Arbeitslose einstellen. Auch die Gewerkschaften sollen zur Mitbestimmung dieser Zuschüsse herangezogen werden. So, behauptet Dietrich, könne man die Arbeitslosen wieder in Arbeit bringen.

Es handelt sich aber dabei nur um ein großes Ablenkungsmanöver. Der Vorschlag ist gar nicht ernst gemeint, und die ungeheure Massenarbeitslosigkeit im kapitalistischen System könnte so auch nicht beseitigt, sondern nur eingeschränkt werden. Aber jetzt sollen den Arbeitslosen wieder falsche Hoffnungen gemacht werden, und so will man die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung möglichst widerstandslos durchführen.

Arbeitslose, aufgepaßt, laßt euch nicht irreführen durch die verlogenen Berichte, die über diesen neuen Plan in riesiger Ausmaßung durch die bürgerliche Presse verbreitet werden. Setzt euch sofort da gegen zur Wehr!

Ein Wirtkopf „geährdet“ die Republik

Breslau, 6. Januar.

M. Vor dem Schöffengericht fand der Provisionskreditor Merges wegen Vergehen gegen das Republiksschutzgesetz. Bei dieser Verhandlung soll er gesagt haben: „Sowas kann eben bloß in einer Judenrepublik vorkommen!“ Der damalige Verhandlungsleiter und auch der Staatsanwalt aus dem Vorprozeß belumdeten, daß dem Sinne nach eine solche Äußerung gefallen sei. Merges bestritt das in vollkommen konfuse Ausführungen. Er selbst sei nicht Nazi, sondern Mitglied eines Geheimbundes, der aber auch das Sakentzeug als Symbol habe. Doch dieser Bund sei nicht gegen die „Republik“, sondern nur gegen die „Regierungsjuden“. Was der Angeklagte sonst noch in fanatischem Tonfall vorbrachte, bewies, daß man es mit einem völlig wirren Menschen zu tun hatte. Darum wirkte es wie ein Kanonenbombardement nach Spaken, wenn der Staatsanwalt Steinberg meinte, die Republik müsse sich gegen ihre Feinde schützen. Er beantragte gegen diesen konfusen „Feind der Republik“ einen Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte auf drei Wochen. Wenn wir auch wissen, daß man bei einem Kommunisten die hier verhängte Strafe mindestens mit „drei“ multipliziert hätte, möchten wir doch trotzdem unserer Meinung Ausdruck geben, daß eine Republik schon sehr wadig stehen muß, wenn sie jemanden auf drei Wochen hinter Gitter setzt, der im Unmut mal eine mehr dumme als „beschimpfende“ Äußerung fallen läßt. Aber es ist so wie immer: einen kleinen Außenleiter, für den die Kalkmischerhaltung dienlicher wäre wie das Gefängnis, löst man ein, während die Großmogule Hitler und Goebbels in ihren Blättern über die Republik schimpfen können, soviel sie wollen, ohne daß ihnen der Staatsanwalt ein Haar krümmt.

Die politische Bedeutung des Ruhrkampfes

Moskau, 6. Januar. Die gestrige „Prawda“ behandelt in einem Leitartikel, betitelt: „Auf der Welle der wirtschaftlichen Kämpfe“ den jetzt begonnenen Kampf der Bergarbeiter an der Ruhr. Es heißt darin unter anderem:

„Zwar umfaßt dieser Kampf keine so große Anzahl Arbeiter wie der Berliner Metallarbeiterstreik, aber er übertrifft bereits an politischer Bedeutung alles, was Deutschland im Laufe des letzten Jahres gesehen hat. Zum erstenmal in den letzten Jahren ist das deutsche Proletariat unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Streikkampf eingetreten, ohne den Ablauf des von den Unternehmern festgelegten Ausspernungstermins abzuwarten. Darin liegt die wichtigste politische Bedeutung des einsetzenden gewaltigen Kampfes an der Ruhr. Wenn der jüngste gewaltige Streik der 140 000 Berliner Metallarbeiter eine neue Ära großer revolutionärer Klassenkämpfe eröffnete, so ist der gegenwärtig tobende Kampf an der Ruhr um die Initiative zwischen dem deutschen Proletariat und den angreifenden deutschen Ausbeutern der entscheidende und rechtzeitige Uebergang der Arbeiter zum Gegenangriff etwas Neues.“ Das Blatt hebt weiter hervor, daß gleichzeitig ein riesiger Streik von 160 000 Bergarbeitern in England im Gange sei. In der Tschechoslowakei und in Polen reifen große wirtschaftliche Konflikte heran und gleichzeitig schwillt und wächst in mächtigen Formen die Erwerbslosenbewegung Deutschlands, Österreichs, Hollands, der Tschechoslowakei und anderer Länder.

Das Anschwellen des Tempes der Weltwirtschaftskrise fand in dem Anschwellen der Welt Erwerbslosenkrise seinen besondern Ausdruck. Die Zahl der Erwerbslosen beläuft sich auf 80 Millionen, ohne die Kurzarbeiter mitzurechnen. In einem Jahr ist die Zahl der Erwerbslosen um 80 Prozent gestiegen, wobei die Zunahme allein in Deutschland 227 Prozent beträgt. Millionen Proletarier, die dem Hunger ausgeliefert sind und vor der physischen Ausrottung stehen, greifen immer mehr nach der einzigen Methode ihrer Rettung; durch revolutionäre Kämpfe einen Ausweg aus der Krise zu suchen. Auf diese Weise verflochten sich immer mehr zwei mächtige Ströme: Die Bewegung der Erwerbslosen und der vorläufig noch an der Drehscheibe stehenden Proletarier.

Von größter Bedeutung ist der Streik der Ruhrbergarbeiter sowie der englischen Bergarbeiter und Wollarbeiter ist die aktive Sympathie der Erwerbslosen gegenüber den Streikenden. Andererseits hat die augenblickliche gewaltige Erwerbslosenwelle das von den Sozialdemokraten, den Brandstiftlichen Renegaten und den Trozkisten aufgegriffene Märchen, als ob unter den Verhältnissen der Wirtschaftskrise die wirtschaftlichen Kämpfe des Proletariats unmöglich wären, glänzend widerlegt. Im Herbst 1930 waren alle großkapitalistischen Länder von der Wirtschaftskrise unmittelbar erfaßt.

In Deutschland und Polen vollzieht sich immer rascher der Prozeß des Umschlagens der wirtschaftlichen Krise in eine politische Krise. Die Generaloffensive der Unternehmer und die heftige Verschärfung der faschistischen Methoden durch die Brüning-Regierung bedeuten neue Versuche der deutschen Bourgeoisie, die Initiative in die eigene Hand zu nehmen. Die Umgruppierung der Kräfte im Lager der deutschen Bourgeoisie ist in ein neues Stadium getreten, das eine höhere Stufe der faschistischen Entwicklung bedingt. Jedoch wächst auch der Widerstand des Proletariats. Unter den neuen Verhältnissen schlägt jeder große Streik unversöhnlich in einen politischen Großkampf gegen den bürgerlichen Staat um.

Die Prognose des 10. Plenums des KZP, daß der Abgang der wirtschaftlichen Kämpfe, der sich zu Beginn der Wirtschaftskrise zeigte, eine vorübergehende Erscheinung sei, hat sich glänzend bestätigt. Es ist charakteristisch, daß die Renegaten des Kommunismus versuchen, augenblicklich sehr radikale Töne anzuschlagen, um ihre streikbrecherische Haltung zu rechtfertigen. Die Aufgabe der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung besteht darin, an Hand der Erfahrungen der Arbeiterklasse die Möglichkeit wirtschaftlicher Kämpfe während einer Krise zu zeigen, aus allen Kräften die wirtschaftlichen Kämpfe zu steigern und sie zum Ausgangspunkt politischer Massenkämpfe gegen das kapitalistische System als Ganzes zu machen.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen werden die Wirtschaftskämpfe in Deutschland immer mehr in politische Kämpfe umschlagen und die politischen Kämpfe werden den wirtschaftlichen Kampf auslösen. Die Frage, die vor zwei Monaten vor den Berliner Metallarbeitern stand: reformistischer Streikbrecherapparat oder eine auf revolutionärer Grundlage stehende Gewerkschaftsbewegung, steht jetzt vor den breitesten Massen der Bergarbeiter sowie des gesamten deutschen Proletariats. Der Kurs des 5. KZP-Kongresses auf die Bildung einer selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland muß in den jetzigen Wirtschaftskämpfen energisch durchgeführt werden. Wenn das geschichtliche Ergebnis des Berliner Metallarbeiterstreiks der selbständige revolutionäre Metallarbeiterverband in Berlin war, so muß der Streik an der Ruhr die Basis für einen neuen Roten Bergarbeiterverband bilden und die einsetzende Massenstreikbewegung der Metallarbeiter muß den selbständigen Roten Verband im Reichsmassstab ausdehnen.

Der Kampf der englischen und deutschen Bergarbeiter hat eine ungeheure internationale Bedeutung. Gerade darum versuchen die deutschen und englischen Bergbauindustriellen durch Wandern und Versprechungen den Kampf durch Streikbrecher zu brechen. Im Ruhrgebiet und in Südwales wird sich die Arbeiterklasse davon überzeugen, daß der erfolgreiche Widerstand gegen die kapitalistische Offensive nur in den Bahnen des revolutionären Klassenkampfes und unter dem kommunistischen Banner möglich ist.

Freie Bahn den Nazis!

In Estn wurde eine Reichsbanner-Demonstration verboten, weil die Nazis am gleichen Tage in Estn aufmarchieren wollten.

Das Verbot der Reichsbannerdemonstration durch die Estnische Polizei beleuchtet blühlich die gegenwärtige politische Situation. Obwohl das Reichsbanner durchaus „staats-erhaltend“ ist und sein „Kampf gegen den Faschismus“ nur in Worten besteht, hat die Estnische Polizei für die angeblichen staatsfeindlichen Nazis doch die größere Sympathie.

Wie lange noch wollen die Reichsbannerarbeiter die „Republik schützen“, deren Organe sich so offen auf die Seite der Nazis stellen?

Genosse Thälmann über den Ruhrkampf

Eine Rede vor den Hamburger Parteifunktionären — Der Ausbruch des Kampfes an der Ruhr wirkte wie ein Donner Schlag im Young-Deutschland — Ein politischer Kampf von allergrößter Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats

Auf der Delegiertenkonferenz der Grob-Hamburger Organisation der SPD, die am Sonntag stattfand und von über 800 Delegierten besucht war, ergriff der Genosse Ernst Thälmann zu Beginn der Diskussion das Wort und sprach über die Lage im Ruhrgebiet und die Bedeutung des dort entbrannten Kampfes.

Die Delegierten bewiesen ihre praktische Solidarität mit den streikenden Ruhrkämpfern durch eine Zellerksammlung, die den Betrag von 78 Mark ergab.

Die Bedeutung des Streiks der Ruhrbergarbeiter

Genosse Thälmann, von den Delegierten mit einem dreifachen Rot Front und großem Beifall begrüßt, erklärte:

Die Bedeutung des Ruhrkampfes ist nicht die eines Streik überhaupt, sondern dieser Kampf ist von vornherein ein politischer Kampf von allergrößter Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats. Die Verschärfung der gesamten Lage nimmt immer krasser Formen an, und die kommunistische Front, die Front des revolutionären werktätigen Proletariats, tritt immer aggressiver, immer angriffsfreudiger in den Vordergrund. Die Verschärfung der Young-Krise bringt eine immer mehr in den Vordergrund tretende Verschärfung der inneren und äußeren Lage, bringt immer größere Massenbelastung, bringt aber auch einen elementaren Ausschub der revolutionären Bewegung. Deshalb haben alle heute durchgeführten Kämpfe ihre große politische, revolutionäre Bedeutung.

Brutaler Polizeiterror soll den Kampf der Bergarbeiter verhindern

55 000 bis 60 000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen unter Führung der KPD im Kampf. Mit allen Mitteln versucht die SPD, die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie, diesen Kampf der Bergarbeiter zu verhindern. Als aber alles nichts half, der Kampf trotzdem ausbrach, schickte die Gewerkschaftsbürokratie geschlagen ab, da griff die Regierung ein, um mit brutalem Polizeiterror die gewaltige Kampffront der Bergarbeiter zu sprengen. Die Wohnkolonien der Bergarbeiter in Dulsburg, Hamborn usw. gleichen wahren Heerlagern der Bürgerkriegspolizei. Nichts aber konnte diese revolutionäre Bewegung verhindern. Eine besondere Rolle in diesem Kampf spielen die Frauen und die Jugendlichen, welche mit in der

ersten Reihe der Kampffront stehen. Besonders sind auch die sofort einsetzenden Solidaritätsaktionen der Erwerbslosen.

So zeigt dieser Kampf nicht eine Aktion der Bergarbeiter allein, sondern eine außerordentlich bedeutsame Erhebung mit revolutionärem Charakter, die von den breiten Schichten des werktätigen Volkes getragen ist. Zwei Tote und vier Schwerverletzte, die bisher als Opfer des Polizeiterrors auf der Strede geblieben sind, zeugen dafür, mit welcher Erbitterung die Kapitalisten und ihre Schergen gegen die Ruhrbevölkerung vorgehen.

Nazis entlarven sich als schlimmste Arbeiterfeinde

Genosse Thälmann führt weiter aus, daß die Stimmung im Ruhrgebiet sehr günstig ist. Die proletarische Massenstreikfront gegen den Faschismus marschiert. Vier sozialdemokratische Arbeiter befinden sich im Präsidium der Kampfkongferenz der KPD, während weitere hunderte als Delegierte anwesend sind. Die Nazis entlarven sich hier als Arbeiterfeinde vom reinsten Wasser. Sie stellen die Streikbrecher, in vielen Fällen sogar mit der braunen Mörderuniform kostümiert. Und so ist auch hier festzustellen, daß immer mehr Arbeiter, die sich von den Nazis täuschen ließen, sich von diesen Naziverrätern abenden und sich der Front der um ihre revolutionäre Befreiung kämpfenden Arbeiter anschließen. Lehrlinge, gegen die mit schärfsten Maßnahmen vorgegangen wird, solidarisieren sich mit den Streikenden und gehen nicht in die Betriebe. Auch der Mittelstand beweißt den Kämpfenden immer wieder seine große Sympathie.

Beweist die Solidarität mit den Ruhrbergarbeitern!

Der heldenhafte Kampf der Bergarbeiter unter Führung der KPD muß in allen Betrieben und Stempelstellen diskutiert und in der aktivsten Form unterstützt werden. Überall müssen die Werktätigen ihre Solidarität zu dem kämpfenden Ruhrproletariat beweisen, überall muß die Verratspolitik der National- und Sozialfaschisten schonungslos angeprangert werden. Der Ausbruch des Kampfes wirkte wie ein Donner Schlag im Young-Deutschland. Überall müssen die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse organisiert werden.

Es lebe der Sieg der Bergarbeiter!

Hinein in den Kampfband gegen Faschismus!

SA.-Sturmführer bricht mit Hitler-Partei

Hamburg, 6. Januar. Der frühere Sturmführer des 21. Sturms der SA in Harburg ist zur antisfaschistischen Front gestoßen und veröffentlicht einen Aufruf an die Proleten in den SA, in dem es u. a. heißt:

Nicht persönlicher Vorteil trieb mich in die Reihen der Antifaschisten, sondern meine Überzeugung als Arbeiter. Hört auf den Ruf eines der euren, der glaubte, in den Reihen des Faschismus seine und die Befreiung aller Unterdrückten erkämpfen zu können. Ein Jahrzehnt stand ich in euren Reihen.

Ein Jahrzehnt verloren um eine Utopie, um ein Nichts. Ein Jahrzehnt verloren im Dienste der Menschheitsparasiten.

Doch die Erfahrungen dieses Jahrzehnts brachten mich zurück in die Reihen der wirklich antikapitalistischen Kampffront. Zug und Trug, List und Gewalt sind die Mittel eurer Führer, um euch die wahren Feinde des Volkes niemals erkennen zu lassen. Eure

Führer sind aufs engste verbunden mit dem Unternehmertum, in dessen Auftrage Brüning die Notverordnungen erlassen, während eure Existenz durch diese Steuerlasten, Wucherzölle usw. vernichtet wird.

Meinen Austritt aus der NSDAP, vollzog ich bereits vor längerer Zeit, weil ich bereits damals Zweifel an der Ehrlichkeit der nationalsozialistischen Führer hegte, die uns nur im Kampfe gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gebrauchen; als Menschen aber werden wir, die Arbeiter in ihren Kampfverbänden, nicht gewertet. Die Entwicklung der NSDAP in den letzten Monaten, in denen ihre Grundlosigkeit besonders stark zum Ausdruck kam, machten mich zu ihrem offenen Gegner und Antifaschisten.

Arbeiter, Angestellte und Mittelständler! Ehemalige Sturmkameraden! Brecht mit den Führern der NSDAP! Hinein in den Kampfband gegen den Faschismus!

Ludwig Antkäter, ehemaliger Sturmführer der NSDAP, Harburg, Sturm 21.

Rundfunkattende Severings gegen die Ruhrkumpels

Gewerkschaftsführer zum Lohnraub bereit

Am Montagabend hielt der Innenminister Severing im Rundfunk eine Rede über die Lage im Ruhrgebiet. In der man deutlich die Angst der SPD-Führer vor der KPD und den Kommunisten spüren konnte. Wenn er sich auch bemühte, ständig zu betonen, daß „alle Versuche kläglich gescheitert“ seien, daß „die Agitation der Kommunisten ohne durchgreifenden Erfolg geblieben“ sei, so läßt sich die Länge der Rede und der beschwörende Ton Severings mit diesen Worten nicht in Einklang bringen. Wichtig aber war es, daß er offen die Bereitschaft der Gewerkschaftsbürokratie zum Lohnraub bekannagte. Er sagte:

„Die großen Bergarbeiterverbände sind gewillt, der besonderen wirtschaftlichen Notlage auch für ihren Teil Opfer zu bringen. Aber natürlich nur in den Grenzen, die für die Arbeiter gerade noch erträglich sind.“

Daß die Bergarbeiter unter Führung der Kommunisten sich gegen diesen Pakt zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsbürokratie zur Wehr setzen, ist der besondere Kummer des Polizeiministers. Dieser Mann, der sich hin und wieder noch in öffentlichen Versammlungen mit dem Titel „Sozialist“ belegt, tobt darüber, daß die KPD und die Kommunisten den Lohnkampf gründlich vorbereitet haben, daß sie Streikführerkurse organisierten und daß sie den politischen Charakter dieses Kampfes den Arbeitern klarmachten. Für das größte Verbrechen aber hält er es, daß die Kommunisten durch Gründung von Betriebsverbänden die Arbeiterklasse gegen den Terror ihrer Gegner schützen wollen. Nach der Meinung Severings sollen sich also die Arbeiter wehrlos niederknügen und niederknüppeln lassen, sollen sie kampflös zusehen, wie SPD-Führer und Unternehmer das Elend der Bergarbeiter immer mehr vergrößern.

Die Klugheit auf die Unternehmer ist daw

wichtigste, was Severing kennt. Die Arbeiter kommen bei ihm erst hinterher, denn sie sollen ja den Lohnraub schluden. Um die Unternehmer zu schonen, beschwört er die Arbeiter:

„Wir können eine riesenhafte Machtprobe im Herzen unseres Industriegerbietes heute weniger denn je vertragen.“

Zum Schluß droht er der Arbeiterklasse mit dem Entzuge der Erwerbslosenunterstützung in den Gebieten, wo Kämpfe stattfinden, weil „eine längere Arbeitsunterbrechung im Bergbau die Wohlfahrtspflege am härtesten droffeln würde“.

Run, die Ruhrkumpels werden sich durch Severing genau so wenig einschüchtern und beschwören lassen, wie sie auch nicht der Druck der Unternehmer, der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie vom Kampf abhalten konnte. Severings Rundfunkrede ist nur der Beweis dafür, daß die Grubenbarone an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen wurden und in ihrer Angst all ihre Hilfstruppen in Bewegung setzen, zu denen der Polizeiminister Severing natürlich auch gehört.

Nazis und SPD. gegen die Erwerbslosen

Keine Winterbeihilfe für Erwerbslose, aber 100 000 Mark für Ausstellung

Bei den Beratungen der Winterhilfsanträge der kommunistischen Partei im Stadtrat in Mannheim zeigten Nazis wie Sozis ihr kapitalistisches Gesicht und entlarven ihre Demagogie, die sie mit Versprechungen gegenüber den Erwerbslosen treiben. Während die sozialdemokratisch-gentriemliche Mehrheit des Stadtrats alle kommunistischen Anträge der Winterbeihilfe für die Erwerbslosen ablehnte, nahm der Stadtrat mit den Stimmen der Nazis gegen die Kommunisten einen Vertrag an, der der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft für eine Ausstellung in Mannheim 100 000 Mark Zuschuß genehmigt.

Während auf der einen Seite die Erwerbslosen verhungern, wirft man für Ausstellungen der Agrarier Hunderttausende hinaus. Besser kann wahrlich nicht die arbeitserfreundliche Politik der Sozis und Nazis gekennzeichnet werden.

Rund um den Erdball

Lynchparole in einer Newyorker Kirche

Blaffenjacht gegen Kameradschaftsehe

Jugendrichter Lindsey mißhandelt und verhaftet — Bischof Manning: Lindseys Buch von der Kameradschaftsehe ist das schmutzigste Buch, das je geschrieben wurde

New York, Anfang Januar. Das Amerika, das Paradies der rücksichtslosesten kapitalistischen Ausbeutung, auch ein Eldorado pfäfflicher Dunkelmänner aller Konfessionen darstellt, ist bekannt. Unzählige Male hatten wir bereits Gelegenheit, über Gewaltstreiche der kirchlichen und nationalen Episkope gegen freilich denkende Wissenschaftler, ganz zu schweigen gegen revolutionäre Arbeiter, zu berichten. Wir erinnern nur an den weltberühmt gewordenen Affenprozeß in Dalton, um zu demonstrieren, was in Amerika, dem angeblich freiesten Lande der Welt, möglich ist.

An einem der letzten Sonntage hat sich in der Johanneskirche in Newyork ein Zwischenfall ereignet, der wiederum bezeichnend für die Unduldsamkeit der pfäfflichen Reaktion ist. Da hatte sich auf Einladung eines befreundeten Geistlichen der durch sein Buch „Kameradschaftsehe“ weltbekannt gewordene

Jugendrichter Lindsey als Zuhörer eingefunden, um die Kanzelrede des Bischofs von Newyork, „Ehrwürden“ Manning, zu hören.

Bischof Manning also begann nun seine Kanzelrede und bezeichnete Lindseys Buch von der Kameradschaftsehe als eines der

„schmutzigsten Bücher, die je mit Hinterhältigkeit und Geschicklichkeit geschrieben worden sind, zum Vorteil der Unzucht, jeglichen Wahllöslichkeit, Ehebrecherei und hemmungsloser Sinnenvergnügung“.

Jugendrichter Lindsey, der sich diese Brandrede mit anhören mußte, erwiderte lange Zeit nichts. Erst als der Bischof das Schlußgebet sprechen wollte, sprang Lindsey in großer Erregung auf den Presbiterisch und rief: „Man hat meine Worte verdreht. Wenn dies ein Haus Gottes ist, dann muß es auch ein Haus der Gerechtigkeit sein. Ich verlange, daß man mich

fünf Minuten sprechen läßt. Bischof Manning, Sie haben gelogen.“

Wie man sieht, hat Lindsey noch Illusionen, daß die Kirche so etwas wie ein Hort der Gerechtigkeit ist. Das schloß ihn aber nicht vor den anwesenden Geheimpolizisten, die ihn mit brutaler Gewalt vom Tisch herunterholten und ihn aus der Kirche schleiften. Unterwegs wurde er wiederholt von den fanatisierten Gläubigen beschimpft, getreten und angepöbelt.

Ja, eine Frau forderte die Gläubigen mit gellender Stimme auf, diesen Freigeist zu lynchen.

In hohem Bogen warf man Lindsey die Treppe hinab. Unten wurde er von der Polizei in Empfang genommen, die ihn zur Wache brachte.

So darf man in Amerika, in dem Musterland des Kapitalismus mit einem Lindsey verfahren, einem Manne also, der in seiner 25jährigen Tätigkeit als Jugendrichter in Denver versuchte, sein Amt „menschlich“ auszufüllen. Er war befehle kein Bolschewik, aber trotzdem versocht er mit aller Energie die These, daß

die Ursache des Verbrechens in den sozialen Mißständen des Kapitalismus zu suchen sei.

Er wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen die Strafe als Abschreckungsmittel. Viele warmherzige Bücher und Broschüren schrieb er über seine Erfahrungen als Jugendrichter. Bis man diesen unbehaglichen Wahrheitsfanatiker aus dem Amt jagte, dann schrieb er sein weltbekanntes Buch „U e b e r d i e K a m e r a d s c h a f t s e h e“, worin er als kritischer Befehrer des Privateigentums den unaufhaltbaren Bankrott der heutigen Ehe durch die Einführung einer Versuchsehe aufhalten wollte. Das schlug dem Faß den Boden aus. Die jahrelange Hege gegen Lindsey steigerte sich bis zu dem hysterischen Ruf der Gläubigen aus der Johanneskirche: „Lynch ihn, Lynch ihn!“.

Zuchthausurteil in Finnland

Oslo, 6. Januar. Das Oberlandesgericht in Oslo hat wiederum zwölf Kommunisten wegen „staatsfeindlicher Agitation“ zu Zuchthausstrafen von ein bis dreieinhalb Jahren verurteilt. In der Neujahrsnacht versuchten Kommunisten in Helsingfors Flugblätter zu verbreiten, sie wurden verhaftet.

Wirbelsturm über den Philippinen

130 Todesopfer — Zahlreiche Schiffe gesunken

New York, 6. Januar. Der schwere Wirbelsturm, der am Sonnabend die Philippineninsel heimsuchte, hat nach den letzten Meldungen 130 Todesopfer in den Gewässern der Inseln Cebu und Iloilo gefordert, wo 30 Fischerboote kenterten. Sämtliche Insassen ertranken. Im Hafen von Cebu sanken drei Dampfer, ein Motorschiff und zwei Barkassen. Fünf größere Schiffe sind gestrandet. Auf der Insel Leyte hat der Wirbelsturm die gesamte Kokosernnte vernichtet.

Umschlag auf den Orientexpress

Zwei Radschuhe auf den Schienen gefunden

Karlsruhe, 6. Januar. In der Nacht vom 3. auf den 4. Januar wurde auf der Strecke Pforzheim-Karlsruhe von unbekanntem Täter ein Radschuh auf eine Schiene des Gleises Pforzheim-Karlsruhe gelegt.

Das gefährliche Hindernis wurde von dem Personal einer kurz nach Mitternacht von Pforzheim kommenden Lokomotive bemerkt und entfernt. Bei der Untersuchung der Strecke wurde einige hundert Meter entfernt ein weiterer Radschuh gefunden. Unter Umständen hätte das Hindernis genügen können, den hier durchfahrenden Orientexpresszug zur Entgleisung zu bringen.

Durch den Smoking verraten

Der Pariser Polizei lief am Montagabend durch Zufall ein langgesuchter Gauner ins Garn.

Dem ehemaligen ungarischen Generalkonsul in Paris war kurz vor Weihnachten aus seinem Automobil der Smoking und eine Kassetten mit Schmuckstücken im Werte von 200 000 Franken gestohlen worden. Am Montagabend machte sich in einer Pariser Vorortkneipe ein Mensch durch einen höchst eleganten, aber sehr schlecht sitzenden Smoking verdächtig. Der Verhaftete gestand nachher, daß er tatsächlich den Smoking und die Schmuckstücke aus dem Auto gestohlen habe. Die Schmuckstücke hatte er an einen Händler für die lächerliche Summe von 350 Franken verkauft.

79jähriger Mann erfroren

An der Bahnüberführung in Wittenberge wurde die Leiche des 79jährigen Obdachlosen August Seuer aufgefunden. Der Greis, der infolge Entkräftung zusammengebrochen und dann erfroren ist, wurde im Jahre 1927 von der Stadtverwaltung Wittenberge dem Siechenheim überwiesen. Er hatte sich im Juli des vergangenen Jahres jedoch heimlich aus dem Siechenhaus entfernt und seit der Zeit sein Leben durch Betteln gefristet.

Langweilige Schulen

Nach einer Statistik des Unterrichtsdepartements des amerikanischen Staates Arizona haben sieben Schulen in diesem Staat nur je einen einzigen Schüler. Über 30 Schulen werden von je zwei Schülern besucht, 40 von drei, 74 von vier und 123 von fünf Schülern.



Der „Fliegende Schottz“ entgleist

Der Expreßzug Edinburg-London entgleiste in der Nähe der Stadt Carlisle in Schottland und stürzte den Bahndamm hinunter — drei Personen wurden getötet, zwölf schwer und vierzig leicht verletzt

„Zum Teufel mit dem Fortschritt, der den Profit bedroht!“

Das „ewige Zündholz“ soll nicht brennen

Im Hintergrund der schwedische Weltzündholztrust ...

Vor kurzem ging die sensationelle Meldung durch die gesamte Weltpresse, daß es dem Wiener Chemiker Dr. Ferdinand Ringer nach jahrelangen mühseligen Versuchen gelungen sei, das sogenannte „ewige Zündholz“ zu erfinden. Der Dauerzündstab ist genau so handlich und für den Massengebrauch geeignet, wie das gewöhnliche Streichholz, denn es hat dessen Größe, wird ebenfalls durch Reibung entzündet, kann aber sofort nach Gebrauch wieder ausgelöscht werden und soll etwa sechshundertmal entzündet werden können. Unzweifelhaft eine grandiose Erfindung, die, wie man meinen sollte, in der ganzen Welt mit Begeisterung begrüßt würde!

Wer so optimistisch dachte, hat aber ganz vergessen, daß wir in der gottgewollten kapitalistischen Ordnung leben, in der nicht produziert wird, um den menschlichen Bedarf zu befriedigen, sondern um möglichst große Profite einzuharmonisieren. Zur Illustrierung dieser immer noch angezeigten Einseitigkeit sei nun berichtet, wie der mächtige Weltzündholztrust des Herrn Kreuzer auf die Erfindung des „ewigen Zündholzes“, das dessen Profite bedrohte, reagierte.

In einem Briefe, den der Erfinder an eine Berliner Abendzeitung richtete, erfahren wir, daß vor ungefähr 1 1/2 Jahren, als die Erfindung des „ewigen Zündholzes“ sich noch im ersten Versuchsstadium befand, sich an den Erfinder zwei Herren heran schlangen, die den Verkauf der Erfindung vermitteln wollten. Im Laufe der Unterhandlung stellte sich dann heraus, daß der Interessent die schwedische Zündholzgesellschaft sei, deren Vertreter den Erfinder einlud, ihm die Erfindung zu demonstrieren.

Dr. Ringer lehnte dieses Angebot sowie auch einen späteren Antrag, eine Gesellschaft zur weiteren Erprobung der Erfindung zu gründen, ab.

Anfang 1929 begutachtete das deutsche Patentamt in Berlin die Erfindung. Zwei Sachverständige fanden, daß der Zündstab tadellos funktioniere, nicht explodieren könne und durchaus als gebrauchsfähig zu gelten habe. Auch zahlreiche andere Gutachten von Sachverständigen bestätigten dieses Urteil.

Soweit die Vorgeschichte. Trotz der Abgabe des Erfinders an den mächtigen schwedischen Welttrust hat dieser jedoch den ihren Profit bedrohenden Dauerzündstab nicht einen Augenblick vergessen. Und kaum tauchten in der Weltpresse Notizen auf, daß das „ewige Zündholz“ für den Massenbedarf durchaus geeignet sei,

versuchten Kreuzers Schreibkulis die Erfindung als Dreck zu diskreditieren.

Das wurde erstmalig versucht in verschiedenen österreichischen Zeitungen und in dem Maße, wie die Propaganda für den Dauerzündstab gesteigert wird, wird Kreuzer von Schweden aus versuchen, die Erfindung des Dr. Ringer zu diskreditieren.

So zeigt uns also das „ewige Zündholz“, daß der Kapitalismus mit jedem Tage mehr eine Fessel für den wahren menschlichen Fortschritt wird. Aus maßloser Profitgier bleiben die wertvollsten Erfindungen unausgenutzt. Wir sind gewiß, wäre Dr. Ringer auf das Angebot des Schwedentrustes eingegangen, so wäre er heute ein reicher Mann. Aber seine Erfindung würde in den Tresoren des Schwedentrustes für ewige Zeiten eingemottet werden. Erinnern wir in diesem Zusammenhang nur an die Affäre der Firma Osram, die bekanntlich vor einiger Zeit das Patent einer „ewigen Glühbirne“ aufgekauft hat, um es im Interesse der Produktion der Glühbirnen mit kurzer Lebensdauer nie auszuführen. Denn für den Kapitalismus gilt heute mehr denn je das Wort: Zum Teufel mit dem Fortschritt, der den Profit bedroht.



Dr. Ringer.

Mordgrube Anna II

Bier Rumpels vergiftet — Noch 17 Leiche im Unglücksstollen

Aachen, 6. Januar. Auf der Mordgrube Anna II wurden am Montag vier Vergleute unter Tage mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Nach längerem Bemühen konnten sie jedoch ins Leben zurückgerufen werden.

Die Ursache der Gasvergiftung ist eine Benzololomotive, deren Abgase sich in einem von der Wetterführung unbestrichenen Teil des Schachtes sammelten. Sonderbar, als man vor zwei Monaten nach der größten Katastrophe, wobei fast 300 Bergarbeiter ihr Leben einbüßten, eine Benzololomotive als Ursache nannte, bestritt bekanntlich die Grubendirektion energisch, daß derartige Lokomotiven in dem Unglücksstollen verwendet worden seien. Das neuerliche Unglück beweist, was von den Ausflüchten der Direktion zu halten ist.

Im übrigen sollen sich heute noch in einem zusammengefügten Stollen der Unglücksgrube Anna II 17 Leichen von der großen Katastrophe befinden, die bisher noch nicht geborgen werden konnten.

Breslau

„Generalprobe zum Arbeitermord“

Die Vorbereitungen des Nazi-Trautmann

Vor längerer Zeit berichteten wir, daß in der Gasse von Trautmann, Posener Straße, Nazioten ihre Heimstätte gefunden haben. Trautmann berichtete dann in der „Volkswacht“, daß er mit den Nazis nichts zu tun habe, und auch Nazis mit Parteiabzeichen (also mit dem Hakenkreuz) in seinem Lokal nicht dulde. Das war für die Augenwelt. Für sich, das heißt in seinem Lokal, prägte er aber folgenden Ausspruch: „Jeden Kommunisten, der hier rein kommt, knalle ich nieder!“ Gleichzeitig nahm dieser Hakenkreuzgeschmückte Eisbändler einen Nazioten namens Reiprecht als Schlagschüler auf, der von seinem Vater, einem ehrlichen SPD-Arbeiter, herabgeworfen wurde. Das Grundstück, in dem Trautmann seinen Laden hat, sowie das nebenstehende Haus, haben sich mit der Zeit zu kleinen Nazi-Hochburgen ausgebildet. Sind doch, als während einer „verbotenen“ Naziverammlung in Trautmanns Lokal Arbeiter dieses ausräumen wollten, die Helmen vom Dritten Reich zur Nazi-Familie Franke im selben Hause geflüchtet. Zwei Angehörige und zwei aßmilienmitglieder der Familie Schallig, die sämtlich Mitglieder der verbotenen Mörder-SS sind, haben gemeinsam mit einem Walter Anders von der Bärenstraße einen Schwur abgelegt, als „Generalprobe“ zum Arbeitermord das Kommunistenlokal „Anglerheim“ auf der Leuthenstraße zu überfallen und „auszuräumen“. Arbeiter, die dieses erfuhren, setzten das Lokal sofort in Verteidigungszustand und sind nun bereit, diese Anhänger des Dritten Reiches zu empfangen. Im übrigen aber, Nazioten-Trautmann, eine letzte Warnung: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem anderen zu!“ Die Arbeiter der Posener Straße werden dich nach wie vor aufs schärfste beobachten!

Arbeiter-Theater-Bund, Ortsgruppe Breslau. Mittwoch, den 7. Januar, 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Oberstrom“, Uferstraße.

Stadteil Nord. Jugend-Tambourkapelle, Mittwoch, 7. Januar, 17 Uhr, Übungsstunde.

Stadteil Nordost. Donnerstags 20 Uhr General-Mitglieder-versammlung bei Kirch, Hirsch, Ede Bodstraße. Alles hat zu erscheinen.

Knote Hilfe, Stadteil Süd. Donnerstag, den 8. Januar, 20 Uhr wichtige Mitgliederversammlung bei Hemic, Probenstraße 12. Mitglichenbücher mitbringen!

Freie Sportabteilung 1925 (Oderort). Freitag, 9. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung bei Heinisch, Delsnerstraße. Sämtliche Mitglieder haben rechtlos zu erscheinen.

Ein „undchristliches und gotteslästerliches Fest“!

Frausnitz. So nannte der Ortspfaffe von Frausnitz den proletarischen Weihnachtsabend, den die hiesige Ortsgruppe der kommunistischen Partei veranstaltet hatte. Schon aus diesen Worten kann man entnehmen, daß der Abend ein großer Erfolg für unsere Ortsgruppe war. Es wurde eine nicht unbedeutende Summe für die Rote Hilfe gesammelt, es wurden Neuaufnahmen für die Partei und neue Zeitungsläser erworben, auch wurde eine Ortsgruppe des kommunistischen Jugendverbandes ins Leben gerufen. So kann man verstehen, daß diese wichtig verlaufene Rundgebung dem Pfaffen etwas in die Glieder gefahren ist, und da er befürchtet, daß auch die Gläubigen von Frausnitz aus ihrem Schlafe erwachen, hebt er kräftig gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. Die Folge wird sein, daß immer mehr Menschen erkennen, ein weltliches Spiel die Pfaffen mit ihren Interessen treiben, und daß der einzige Pfad für den deutschen Arbeiter die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei ist, die als Führerin der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse für die Befreiung und Erlösung der Arbeiter kämpft!

Der Rotkoller, eine verbreitete Polizeifrankheit!

15 Schupos „siegen“ über 3 Zivilisten

Die übernerböse Breslauer Polizei schießt Gespenster

Die Hege, die von interessierten Stellen und bestimmten Vorgesetzten unter die Reihen der Polizeibeamten getragen wird, trägt seit einiger Zeit ihre Früchte: Die Schupos sind von einer Art Rotkoller befallen, einem Frankheitszustand, in dem sie alles für rot halten und überall Kommunisten sehen. Wir behaupten nicht zuviel, wenn wir sagen: Die Breslauer Schupos sind so übernerbös, daß jeder Straßenpassant aufpassen muß, um sich vor der Polizei zu schützen.

Wenn es dafür noch eines Beweises bedürft hätte, so ist er gestern Mittag erbracht worden. Gegen 11 Uhr stand ein etwas angeheiteter Mann vor dem Rathaus, was, wie immer, zur Folge hatte, daß sich eine kleine Schar Neugieriger ansammelte, die mit dem größten Interesse von der Welt das Tun und Treiben des Angefaulsten verfolgte. Es war also eine Menschenansammlung, die von drei übernerbigen Schupos — denen ja ihre Vorgesetzten erzählen, daß eine Demonstration schon vorliegt, wenn mehr als drei Menschen zusammenstehen — für eine Demonstration gehalten wurde, durch die „Ruhe und Bannmeile“ gefährdet, die Bannmeile verletzt und das Rathaus anscheinend in großer Gefahr war.

So hatten die Blauen natürlich nichts Eiligeres zu tun, als sich wie wütende Berseker auf die Menschen zu stürzen und mit Hilfe ihrer Gummiknüppel die Ansammlung zu zerstreuen. Der Mann des Anstoßes wurde verhaftet, aber sein Abtransport ging nur unter größten Schwierigkeiten vor sich, da die Umstehenden begreiflicherweise lebhaft protestierten. Und als die Schupos zu energisch wurden, übertrug sich dieser Zustand auch auf die Passanten; es gab erregte Zwischenrufe,

und als die Schupos zum Gummiknüppel griffen, slog ihnen u. a. ein kräftiger Befestiger an den Kopf, was zur allgemeinen Erheiterung außerordentlich beitrug.

Die tapferen Schupos rannten zur nahegelegenen Wache und riefen

Bürokratie des Gesamtverbandes begünstigt Lohnraub

Gestern fand eine Funktionärssitzung des Gesamtverbandes statt, in der der Gewerkschaftsausschuß Blank über die geplante Einführung der stundenlängigen Arbeitszeit in den städtischen Betrieben sprach. Blank führte etwa aus: Der Sechsstundenarbeit ohne Lohnausgleich wird trotz des Protestes des Magistrats eingeführt werden. Ein Entzinnen gibt es nicht. Die Arbeiter müssen sich damit abfinden. Vielleicht wird die Lage im März beim Ablauf des Sozialtarifs eine bessere, so daß vielleicht dann die Möglichkeit besteht, etwas zugunsten der Arbeiter zu unternehmen. Vielleicht wird sich bis dahin auch die Weltwirtschaftskrise heben und die Verhältnisse im Magistrat bessern. Das war alles, was Blank den Funktionären zu sagen hatte. Er machte auch nicht die leiseste Andeutung, die auf Kampfabsichten der Gewerkschaftsbürokratie schließen ließe.

Die Diskussion der sehr stark besuchten Funktionärerversammlung war eine äußerst erregte. Doch zeigte es sich, daß auch die reformmühtigen Funktionäre keinen konkreten Vorschlag zu machen in der Lage waren.

Die Funktionärssitzung wurde geschlossen, ohne daß irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden.

Es steht fest: Ergreifen die städtischen Arbeiter keine Kampfmaßnahmen, so wird es tatsächlich so kommen, wie es die Sparkommission vorschreiben, d. h. der Sechsstundenarbeit ohne Lohnausgleich wird eingeführt werden, das bedeutet einen Lohnabbau von 13 Prozent. Die Hoffnungen, die Blank in der Funktionärssitzung zum Ausdruck brachte, sind nichts anderes, als ein Versuch, die städtischen Arbeiter von einem Kampf jetzt abzuhalten, um dann im März mit anderen Argumenten den Kampf auf einen weiteren Zeitpunkt zu verschieben. Blank und seine Freunde wollen keinen Kampf.

Die Forderung der städtischen Arbeiter lautet: Sechsstundenarbeit bei vollem Lohnausgleich, Einstellung von Erwerbslosen in die städtischen Betriebe.

Die Verwirklichung dieser Forderung kann nur im Kampf geschehen. Deshalb vorwärts, unter Führung der KPD! Erscheint in der am Dienstag, dem 13. Januar, im „Gelben Löwen“, stattfindenden Versammlung für die städtische Straßenbahn, und am 19. Januar in der Versammlung für alle städtischen Betriebe.

Eine Krähe haßt der anderen die Augen nicht aus!

Sozialdemokratischer Dank für „erfolgreiche“ Korruption

Wir berichteten unlängst über die Verschleierungsmanöver im ADR-Standal. Seitdem hat man von der ganzen Sache nichts mehr gehört, bis vor wenigen Tagen in der „Volkswacht“ von dem schlesischen Bezirk des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen eine Art Vertrauenskundgebung für die in den Standal verwickelten Sozialdemokraten gegeben wurde, und zwar in wenig geschickter Weise. Der Geschäftsführer Peilert hat diesen Aufzug unterzeichnet.

Nun muß man wissen, daß Peilert, der als Vorstandsmittglied der ADR seinerzeit seinen Sohn, der Tischler war, als Angehörigen in die Kasse hineingebracht hat; herausgebracht hat sich dieser Sohn dann selbst. Der andere Sohn von Peilert ist auch im Hauptverband beschäftigt. Stadtrat Senf ist auch Vorsteher des Bezirks des Hauptverbandes. Senf, Kirchhoff und Aretschmar haben den Peilert zum Geschäftsführer gemacht. Darum die jegliche Dankbarkeit und der Versuch der Reinwaschung!

Durch den Untersuchungsanspruch steht seit, daß das Versorgungsamt zum mindesten um 200 000 Mark geschädigt worden ist. Wenn nun in dem Artikel der „Volkswacht“ gesagt wird, die Kasse habe noch mehr vom Versorgungsamt zu erhalten, als sie dieses geschädigt hat, so ist dies eine dumme Ausrede. Wenn zwei Vertragspartner eine Vereinbarung schließen, so erfordert Treu und Glauben, daß jeder diese Vereinbarung auch hält. Führt sich der eine geschädigt, so kann er auf Wählerberührung bringen. Aber hinterherum den guten Glauben des anderen zu einer Schädigung auszunutzen, dies wird kein Mensch billigen können. Die Jungen erzählen uns, daß Herr

Kirchhoff ein Menschenalter lang in den Diensten der Kasse gestanden hat, wofür ihm Dankbarkeit gezollt werden soll. Wenn also ein SPD-Mann jahrzehntelang sehr gut bezahlt worden ist, so soll nicht er dafür dankbar sein, sondern die Defizienten! Ein völlig idiotischer Standpunkt, den kein normaler Mensch begreifen wird, vor allem nicht die Millionen der Arbeitslosen, die viele Jahre darben müssen und von Stelle zu Stelle gejagt werden. Es ist durchaus unsozialistisch, daß man Menschen, die auf Grund von Beziehungen und so weiter immer an hoher und gutbezahlter Stelle gestanden haben, eine besondere Referenz erweisen soll. Aber es hat natürlich gar keinen Zweck, mit der „Volkswacht“ oder den Herrschaften vom Schläge eines Senf und Kirchhoff über die Begriffe „sozialistisch“ und „unsozialistisch“ zu debattieren, denn die im Vorstand der ADR sitzenden Bonzen besitzen weder eine Ueberzeugung noch eine Weltanschauung, sondern haben immer dort gestanden, wo es für sie von Vorteil war.

Netzt, wo sich Kirchhoff im Mercurianatorium erholt, leidet der berüchtigte Sozialfaschist Vogel die Kasse, und weil er Sozialdemokrat ist, so läßt er sich neben seinem Gehalt als Arbeitervertreter dafür pro Stunde 1,50 Mark zahlen. Wir vermüssen, daß die „Volkswacht“ für diese „Aufopferung“ dem „Geknollen“ Vogel noch nicht gedankt hat.

Im übrigen werden wir in nächster Zeit noch auf einige besondere Vorkommnisse in den Genesungsheimen zurückkommen.

10 Prozent Unterstützungsraub

Auf Anweisung der „Spartakommission“ sollen die Nichtfähige für Breslau um 10 Prozent abgebaut werden. Man spart an den Ärmsten der Armen. Dieses „Sparen“ muß einmal ein Ende nehmen. Wohlfahrtsempfänger, Erwerbslose, heraus zum Protest! Erscheint rechtlos am morgigen Donnerstag um 14 Uhr (2 Uhr nachmittags) im „Berger Keller“, Kleischlaustraße, und im „Oberstrom“, Uferstraße, in den vom Erwerbslosenausschuß einberufenen Protestversammlungen! Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Das Statistische Amt (Abteilung Statistik) wird am 6. Januar dieses Jahres nach dem Grundstück Rathaus 11/12 verlegt. Das Büro ist am Umzugsstage für den Publikumsverkehr geschlossen. Die Abteilungen des Statistischen Amtes: Wohnamt, Meldamt, Personensstandsamt und Steuerarten-Ausgabestelle, verbleiben in ihren bisherigen Räumen, Am Rathaus 26, 2. Stock, und sind auch am 6. Januar für das Publikum in gewohnter Weise geöffnet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den abrigen Teil: Ernst Bollwetter, W. B. S., Breslau. — Für Inserate: Karl Gansberg, Breslau.

Sie
geht es an!
Waren Sie schon bei
Gleich?
Nein?!
Gehen Sie sofort!
Es ist höchste Zeit!
Nicht mehr lange
das Riesensensations-Programm!
Die Spitzenleistung
der Circuskunst!
bei
volkstümlich. Preislos
Jeder kann es
sich leisten!
täglich 2 Vorstell.
um 4 und 8 Uhr
Wochen-Nachm.
Ew. halbes Preis!
Kinder
immer halbes Preis!
overkauf 9 Uhr
an unentbehrlichen
an den Ci cuskassen
Tele. 2-138
Warenhaus Borsach
Telephon 5 641
Warenh. Wertheim
Telephon 22111

Nur noch
bis 25. Januar

Pfard, nicht über
7 Jahre alt, Rappon,
zur Dressur geeignet,
zu kaufen gesucht

**Molkerei und
Milch-Großhandlung**
Christoph Hammer
Breslau, Lehmgrubenstr. 5

Verkauf durch Läden u. Klingelwagen / Achtet auf die Firma!

Ein neuer Beruf!
Die moderne Kunststrickerei
an der „**Femina-Strickmaschine**“
buntpfarbige Westen, Pullover, Strickkleider,
Sportartikel bringt hohen Erlös! Leicht erlernbar. Günstige Bedingungen. Drohpelt gratis und franco

Erlotagen- und Strumpffabrik
Reher & Fohlen, Saarbrücken 3

Wandleibhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Protestiert gegen Kriegsrüstung und Faschismus!
Reichstagsabgeordneter Stoecker spricht
Freitag, den 9. Januar, im „Schiefwerder“

Waldenburger Bergland Leidensgeschichte eines Jungarbeiters

Unerhörte Zustände in der Heilanstalt Freiburg

Von der heutigen, durch den Kapitalismus heraufbeschworenen Not werden nicht zuletzt die Jugendlichen am härtesten betroffen. Mehr als 1 Million jugendlicher Erwerbsloser weist bereits die Armee der „Mehrerfülligen“ auf, die durch den nimmermatten Profit in einer freudlosen, trüben Jugendzeit verurteilt sind. Pfaffen und Pfaffenknechte in „Amt“ und „Würden“, die als Folge dieser Tatsache die Beobachtung machen müssen, daß gerade dieser Teil der Hungerarmee für den Kapitalismus eine besondere Gefahr darstellt, bemühen sich daher, dieser Gefahr auf ihre Weise entgegenzutreten.

Unter beschämlichen, verlogenen Phrasen redet und schreibt jener Trost von Pfaffen und Pfaffenknechten von der „besonderen Not der Jugend“, um als „Heilmittel“ Zwangs-erziehung, „Fürsorge“ mit öligem, religiösen Schmutz und Pflichtenjahr anzupreisen. Daß an diesen „Heilmitteln“ Tausende und aber Tausende elend zugrunde gerichtet werden, danach fragt diese Gesellschaft nicht. Für sie ist und bleibt entscheidend das Bestreben, durch solche Vernichtung der Jugend die Gefahr für die kapitalistische „Ordnung“ gemindert zu haben. Von einem solchen Fall der beabsichtigten Vernichtung eines jungen Menschen wird uns als Anlage gegen die Heil- und Pflanzanstalt Freiburg geschrieben:

Ein junger Mensch, Sohn rechtschaffener Eltern in Dels, namens Fritz Kühnel, war bis zum Jahre 1927 bei einem Geschäftler als Helfer beschäftigt. Als er um diese Zeit in eine Schlichterei verwickelt wurde, benutzte man diesen Vorgang, den Jungen ins Arbeitshaus nach Schweidnitz zu „verpflanzen“. Wir lassen es ganz auf sich beruhen, inwieweit der junge Mensch sich damals wirklich vergangen hatte, eines aber steht ohne weiteres fest und das ist folgendes:

Wie groß auch immer sein „Verbrechen“ gewesen sein mag, niemals wird es an das Verbrechen heranreichen, welches diejenigen begangen haben, die ihn zur „Versierung“ ausgerechnet in die Hölle des Arbeitshauses gesteckt haben.

Das es mit der „Erziehung“ in dieser von Sabiten bevölkerten Hölle auf sich hat, darüber braucht hier kein Wort verloren zu werden. Der Ruf dieser Hölle ist so bekannt, daß dies nicht notwendig ist.

Diese vom Geldsack und ihren Lakaien so geschickten „Erziehungs“-Methoden blieben natürlich auch bei Kühnel nicht ohne „Erfolg“. Die Vernehmung und Frangulierung teilen ihre Wirkung, und schließlich wurde er im Februar v. J. nach der „Heil- und Pflanzanstalt“ Freiburg übergeführt. Allem Anschein nach betrachtet man ihn als geistesgestört, obwohl davon keine Rede sein kann; es sei denn, daß man diese „Geistesgestörttheit“ darin erblickt, daß sich Kühnel nicht als Tier behandeln ließ, wie das wahrscheinlich als üblich in diesen „Mutter“-Anstalten angenommen wird.

In der „Heil- und Pflanzanstalt“ Freiburg glaubte man wahrscheinlich leichter mit ihm fertig zu werden. Dies um so mehr, als diese Anstalt ein paar „Mutterknechte“ von „Pflegern“ aufweist, unter denen zwei besonders hervortreten. Einer dieser Zeitgenossen ist der „Pfleger“ Schmidgoll, und der andere „Ehrenmann“ ist jener Ober-Pfleger und heißt Friedrich. Wie diese Geistes ihrer „Pflege“-Tätigkeit aufpassen, darüber werden wir noch demnächst berichten. Für heute wollen wir uns auf die Schilderung eines Verfalls beschränken, der die eigentliche Veranlassung zu diesem Artikel war.

Fritz Kühnel hatte durch seine Eltern für Weihnachten Urlaub bekommen, der ihm auch mit 14 Tagen bewilligt wurde. Er fuhr daraufhin nach Dels zu seinen Eltern. Nun hat Kühnel das „fürchterliche Verbrechen“ begangen, ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen einzugehen, das noch bei ihren Eltern in Freiburg ist. Im Einverständnis mit seinen Eltern begab er sich während seines Urlaubes zu seinen zukünftigen Schwiegereltern. Hier wurde er nun von einem Pfleger erkannt, und ein Kommando von sechs Mann drang in die Wohnung ein, in der sich Kühnel aufhielt, um ihn gewalttätig wieder in die Anstalt zurückzubringen.

Diese Angelegenheit stellt einen direkt provokativen Skandal dar. Der junge Mensch ist trotz aller erduldenden Drogenlassungen durchaus nicht gewalttätig. Selbst, wenn die Anstalt es für notwendig erachtet haben würde, ihn trotz seines Urlaubes wieder einzusperrern, war eine solche „Arbeits“-Expedition nicht notwendig. Aber wenn von dieser Anstalt nichts bekannt wäre, liefe dieser Skandal bereits eine sehr ausführliche Illustration über den Charakter dieser „Heil- und Pflanz“-Anstalt. Man weiß ja, daß der amtliche Begriff über Heil- und Pflegen von einem Anstalt ist, der eine Verhöhnung des Menschen darstellt, was man sich allgemein unter diesen Worten vorstellt. Aber in Freiburg reicht diese Charakteristik noch bei weitem nicht aus. Darüber können sich sogar jene „Heil“-Kommando klar zu sein, so daß man sich zunächst bemühte, die Sache zu vertuschen, und als dies nicht half, sogar zu gemeinen Lügen griff.

Als nämlich die Eltern Kühnels bei der Anstalt vorstellig wurden und nach ihrem Sohn trugen, verlegnete man zunächst seine Anwesenheit. Erst auf entschiedenen Protest bequeme man sich dazu, das Kommando aufzugeben, um dann die Gemeinheit damit zu „rechtfertigen“, daß man behauptete, der junge Kühnel wäre überhaupt nicht zu seinen Eltern nach Dels gefahren. Diese verlogene Behauptung wogte man, obwohl bekannt war, daß ein Pfleger selbst dem Kühnel die Fahrkarte nach Dels besorgt hatte. Der junge Mann konnte dann auch wieder mit den Eltern zurückfahren.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß dem Kühnel von Dr. Stein erklärt wurde, daß bei Nachweis von einer Arbeitsstelle seiner Entlassung nichts im Wege stünde. Daraus geht hervor, daß Kühnel weder verurteilt ist, noch daß sonst ein Grund zu seiner Festhaltung besteht. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß Kühnel nur deshalb eingesperrt gehalten wird, weil er nicht im Sinne von Rädern oder Rastrollen in die Welt schaut. Aber, wenn wir es auch in der Döbnerburg-Rechnung stummlich „weit“ gebracht haben, so „weit“ sind wir doch noch nicht, daß einfach Menschen, die Pfaffen, Etasch, Helmern oder Rastrollen nicht passen, in sogenannten verkappten Rüstchen festgehalten werden. Deshalb verlangen wir Aufklärung über diesen Skandal und stellen vor der Öffentlichkeit folgende Fragen, deren Beantwortung wir erklämpfen werden:

1. Ist die Heil- und Pflanzanstalt Freiburg eine Erziehungsanstalt für Jugendliche?
2. Mit welchem Recht wird dieser Kühnel festgehalten?
3. Wie kommt die Anstaltsleitung dazu, eine Kommando von sechs Mann zur zwangsweisen Einlieferung des in Urlaub befindlichen Kühnel zu befehlen?
4. Warum haben sich alle Kranken solche Angst vor der Wache?
5. Was spielt dieser Schmidgoll für eine Rolle?

Es ist wahr, daß die Pfleger, unter denen sehr viele mit den Nazis sympathisieren, die Kranken in empfindlicher Weise mißhandeln, insbesondere der obenbenannte Schmidgoll?

Sollten diese Fragen nicht die Antwort finden, die mit gutem Recht verlangt werden kann, dann werden unsere Genossen entweder im Provinziallandtag oder im Preussischen Landtag Aufklärung verlangen.

Gottesberg

L.-L.-L.-Feier

Am Sonntag, dem 11. Januar, findet im „Schwarzen Hof“ in Gottesberg eine L.-L.-L.-Feier statt. Veranstalter dieser Feier ist die kommunistische Jugend, Ortsgruppe Gottesberg. Die Kolonne „Sturm“, Agitproptruppe des Unterbezirks, wird in ihren Spielzügen auf die Bedeutung des Abends hinweisen. Die gesamte Arbeiterschaft des Oberen Biers wird hiermit eingeladen. Eintrittspreis beträgt nur 40 Pfennig. Einlaß 18 Uhr, Anfang 19 Uhr.

Macht diese Feier zu einer Massenveranstaltung. Besonders werden noch die jüngeren Kollegen aufgefordert, die Feier zu besuchen.

Große Explosion in den Stickstoffwerken

Die „Breslauer Zeitung“ berichtet aus Waldenburg: Waldenburg, 5. Januar. Heute gegen 19 Uhr ereignete sich auf dem Stickstoffwerk der Fürstentümer Grube ein schwere Explosion. Durch Pfaffen eines Hauptrohres der Gasleitung ging ein sehr starkes Eisenstück in die Luft. Die Explosion schickte in der benachbarten Siedlung Mathildenhöhe einen großen Schrecken hervorgerufen, da die Siedlung bereits durch die Explosion, die sich vor einigen Wochen ereignete, schwer betroffen wurde. Glücklicherweise erlitten sich der jetzige Unfall als verhältnismäßig harmlos. Wenn auch der Sachschaden ziemlich groß ist, so sind diesmal Menschenleben nicht zu beklagen gewesen. Es herrscht in der Bevölkerung der den Stickstoffwerken benachbarten Mathildenhöhe sowie des Zentrums von Waldenburg große Erregung, da über die Verhütung ausgeprochen wird, daß eines Tages das ganze Stickstoffwerk in die Luft fliegen könnte. Die Siedlung Mathildenhöhe, eine Gemeinde von 1000 Einwohnern, würde hierdurch am schwersten betroffen werden.

Diese Meldung fordert unbedingt zu einer scharfen Kritik heraus. Die Versorgung der Bevölkerung dürfte doch nicht ohne Grundlage sein. Es ist daher von der Verwaltung der Grube unbedingt Aufklärung darüber zu verlangen, welche Garantien sie gewillt ist zu schaffen, daß solche Explosionen unterbleiben, denn erfahrungsgemäß sind diese sehr oft auf nicht genügend Schutzmaßnahmen zurückzuführen.

Freiburg

Alle Genossen und Genossinnen, welche Interesse an dem Bildungszyklus haben, müssen Sonntag, den 11. Januar, um 9 Uhr, bestimmt im Jugendheim sein. Erscheinen ist unbedingt notwendig. Ein weiteres hinauschieben des Termins ist unmöglich. Alles Nähere erfolgt dabeist.

Bildungszyklus

Niederschlesien

Auswirkung der Not in Zahlen

Starke Ansteigen der Sterblichkeit

Görlitz. Im Bereich des Ständekamratsbezirks Görlitz waren im vergangenen Jahre 1284 Geburten gegen 1900 im Jahre 1929 zu verzeichnen. An den Altar traten insgesamt 744 Paare gegen 807 Paare im Jahre 1929 und den Tod fanden 1457 (1400 im Jahre 1929). Der monatliche Nachweis für Dezember vorigen Jahres im Vergleich zum gleichen Monat des Jahres 1929 ist recht ungünstig, denn es fanden im vergangenen Monat nicht weniger als 138 Görlitzer gegen 112 im Dezember 1929. Ehe-schließungen waren 9 gegen 75 1929 und 102 Geburten gegen 101 im Dezember 1929 zu verzeichnen.

Diese Zahlen reden eine sehr eindeutige Sprache. Aus allen geht ganz klar hervor, wie verheerend sich die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage auswirkt. Beim Rückgang der Geburten beginnt diese Kurve der Not, um beim Sinken der Bismern der Verheirathungen zu steigen und in der Sterbeziffer im Monat Dezember die Spitze zu erreichen.

Gegenüber dem Vorjahre ist bei den Todesfällen eine Steigerung um fast 25 Prozent zu verzeichnen. Da irgendeine Epidemie nicht bestand, geht man in der Annahme gar nicht fehl, daß diese Notord-ziffer eine natürliche Folge der Not ist, die immer weitere Kreise ergreift; denn es steht ohne Zweifel fest, daß die Unterernährung, die heute nicht nur unter den Erwerbslosen herrscht, die Widerstandskraft gegen Krankheiten herabsetzt und so das Ansteigen der Sterbeziffern begünstigt erscheinen läßt.

So sollten die Arbeiter auch aus diesen Zahlen erkennen, wohn der Hungertods der Brüning-Regierung führt und daraus lernen, wie notwendig der Kampf gegen diesen Kurs ist.

Haynau

Zahlstelle der Steinarbeiter gibt für Verteidigungsfonds der Roten Hilfe!

Haynau. Die am Sonntag im „Volkshaus“ tagende Generalversammlung des Steinarbeiterverbandes bewilligte auf Antrag ein Pfennig, der Roten Hilfe 5 Mark für den Verteidigungsfonds zu überweisen. Bravo, Steinarbeiter! Nun auch den nächsten Schritt, hinein in die Rote Hilfe, zum Kampf für die Befreiung sämtlicher proletarisch-politischer Gefangener. Rote Hilfe tut not!

Liegnitz

Es wird weiter ermittelt

Ende Dezember waren in den städtischen Ermittlungsquartieren 238 Familien mit 949 Köpfen untergebracht, das bedeutet gegenüber

Schweidnitz

Was ist in der katholischen Volksschule los?

Vor einiger Zeit brachten wir unter obiger Überschrift einen Bericht, der sich mit gewissen Vorkommnissen in der dortigen Schule beschäftigte. So hatten wir u. a. geschrieben, daß Kindern, denen die Eltern keine Turnanzüge anschaffen konnten, vor der Turnhalle stehen mußten, und einem Kinde, welches am Freitag Wurst auf dem Frühstückstisch hatte, die Wurst abgenommen wurde.

Diese allerdings etwas unangenehmen Dinge veranlaßten den Rektor Rückert, uns eine Berichtigung einzusenden. Darauf schreibt uns unser Berichterstatter:

Wir erhalten die im ersten Artikel aufgestellten Behauptungen aufrecht. Zur Berichtigung ist zu sagen, daß nach Erscheinen des fraglichen Berichtes alle Kinder in Gegenwart der Lehrer einem scharfen Verhör unterzogen worden sind. Wir wissen, daß hier eine direkte suggestive Beeinflussung bestanden hat, denn nur die Kinder wurden erwischt, die angeblich nichts gesehen hatten. Wir glauben aber den Profektorkindern mehr, wie einer hysterischen Lehrerin. Wir würden uns über einen Prozeß freuen, da dann diese Zustände vor breiterer Öffentlichkeit aufgeklart werden könnten.

Stadttheater Schweidnitz. Dienstag 20 Uhr letzte Aufführung der erfolgreichen Schlageroperette „Viktoria und ihr Husar“. Donnerstags 20 Uhr Erstaufführung der Operette von Jarro „Die Försterchristel“. Die Hauptpartien vertreten die Damen Hey, Pache, Laube und die Herren Laube, Kinkl, Schulz, Schulze und Vannas. — In Vorbereitung befindet sich im Schauspiel: „Liebe“ von Wildgans und „Die Journalisten“, Lustspiel von G. Freytag. In der Operette: „Die Königin der Luft“ von Schwarz und „Der letzte Walzer“ von Strauß.

Stanowitz

Arbeiter-Wohlfahrt in der Praxis

Man schreibt uns: Ich bin kein Freund davon, an Arbeiterorganisationen herumzuklopfen, aber was sich hier die Arbeiterwohlfahrt geleistet hat, ist ein wahrer Hohn. Im August vorigen Jahres wurde eine Hausammlung von dem vorgenannten Ausschuss durchgeführt, wo jeder, und wenn er noch so lange arbeitslos ist, sein Scherlein dazu hergab, da doch die Arbeiterwohlfahrt immer sagt: „Wir helfen jedem, der es braucht.“ Wer hier kann man sie wieder einmal Lügen strafen. Am 20. Dezember wurde von der Arbeiterwohlfahrt ein Schwein geschlachtet und das Fleisch an die Erwerbslosen und Armen verteilt. Viele glaubten, jetzt bekommt jeder Erwerbslose einen Brocken, aber weit gefehlt. Es wurde im Stempelkeller eine Liste geführt und jeder Arbeitslose auf „Geschäft“ und „Besinnung“ geprüft. Das gemeinste bei dieser Hilfsaktion ist, daß man Familien mit fünf bis sechs Kindern, deren Männer schon über ein Jahr erwerbslos sind, davon ausschloß. Ich frage den Vorstand, warum wurde so vorgegangen? Meines Erachtens sollte es ausgeschlossen sein, solche Ausnahmen zu machen, und nach der Zugehörigkeit der Partei zu fragen, ist einfach ein Skandal. Wer über ein Jahr auf der Straße liegt, wird wohl eine kleine Pflanze brauchen. Die „Vollzeitung“ schrieb, daß es jedem eine Freude war, denn viele hätten sich kein Stückchen Fleisch kaufen können. Diese Schmeichelei ist in Wirklichkeit elende Heuchelei, denn mir ist ganz genau bekannt, daß Familien, deren trostlose Lage dem Vorstand der Wohlfahrt genau bekannt war, nichts bekommen haben, nur deshalb, weil sie Kommunisten sind. Die Arbeiter aber sollten aus dieser Art Wohlfahrt erkennen, daß es gilt, durch Kampf gegen die kapitalistische „Ordnung“ Wohlfahrt überflüssig zu machen.

dem Vormonat eine Zunahme von 8 Familien. Im Pflanzhof, dem Liegnitzer „Ermittelten-Stadtteil“, sind allein 130 Familien mit 350 Köpfen zur Not unter Dach und Fach gebracht. Die Zahl der Räumungsurteile war mit 14 um 3 höher als im Vormonat.

Dieses gewalttätige Herausfordern aus den Wohnungen wächst sich nachgerade zu einem Skandal aus. Das Aufreizende darin wird noch durch die Tatsache gesteigert, daß gleichzeitig immer mehr große Wohnungen leer werden und der Wohnungsnot der Reichen immer tollere Blüten treibt. Unwillkürlich muß man immer wieder fragen: Wie lange wollt ihr, Proleten, das noch ertragen? Heraus zur Kampf, um dieser Aufreizung ein Ende zu bereiten!

Boranzettel

LL.-Feier am 16. Januar im Westend-Saal

Eintritt 30 Pfennig. Programme bei allen Funktionären im Vorverlauf.

Liegnitz

Selbstmord auf der Straße

Am Montagvormittag hat sich auf o'ener Straße ein junger Mann erschossen, als er von einem Polizeibeamten zur Vernehmung nach dem Gerichtsgebäude geführt werden sollte. Kurz vor dem Eingange zu dem Justizgebäude zog er plötzlich einen Revolver und brachte sich einen Kopfschuß bei. Die Polizei hatte verjährt, den Verhafteten rechtzeitig auf Waffen zu durchsuchen.

Explosion im Liegnitzer Elektrizitätswerk

Im Liegnitzer Drehstromwerk entstand am Montagvormittag eine Störung. Als die Starkstromleitung Liegnitz-Steinau infolge des Sturmes riß, explodierte einer der automatischen Deschalter. Die außerordentlich starke Rauchentwicklung war die Ursache, daß die Zentrale des Drehstromwerkes vorläufig außer Betrieb gesetzt werden mußte. Der Berufsfeuerwehr gelang es, den Brand bald zu löschen. Nach einigen Stunden war die Störung völlig behoben.

Arbeitertelern! Sendet eure Kinder im Alter von 10 Jahren in den Jungpartatusbund. Montag und Donnerstag von 17 bis 19 Uhr im Büro, Parkstraße 8, Hof, 1. Etage.

Glogau

Briefträger beim Bestellgang tödlich verunglückt

Am Sonnabend stürzte der Briefträger Kirke auf einem Bestellgange infolge eines Fehltritts drei Stockwerke in die Tiefe und blieb mit einem Schädelbruch besinnungslos liegen. Er erlag kurz darauf seinen schweren Verletzungen.

Der Kommunismus unbeflegbar!

Die in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift der deutschen Imperialistenkolonie in Schanghai, „Die Brücke“, veröffentlicht einen Bericht über den heroischen Kampf der Kommunisten in China, dem wir folgenden Auszug entnehmen:

In erster Stunde ist die Regierung barangegangen, die Befämpfung des Kommunismus mit allen Mitteln zu beginnen und General Chiangkai-sche selbst hat den Oberbefehl in dem kommenden Feldzug übernommen. Beträchtliche Truppenmengen — mehr als 300 000 Mann — sind bereitgestellt, die in Kiangsi, Sunan und Szechwan gleichzeitig vorgehen sollen. Dazu treten dann noch 20 Kanonenboote zum Patrouillenendienst auf den Flußläufen und 30 Flugzeuge zu Aufklärungs- und Einschüchterungszwecken. Die aufgebotene Macht ist somit sehr beträchtlich, aber der Erfolg hängt von ihrer geschickten Verwendung ab, wenn der Stolz nicht ins Leere gehen soll.

Man kann sich leicht vorstellen, daß es zu großen Schlachten nicht kommen wird, sondern daß die roten Armeen auszuweichen versuchen werden, eventuell die größeren Verbände auflösen und den Krieg als Guerillakrieg führen. Ihre zahlreichen Anhänger unter dem Landvolk dürften ihnen hierbei von großem Nutzen sein, indem sie alle Bewegungen der Regierungstruppen melden und geschlagene und aufgelöste Gruppen der Kommunisten aufnehmen und verbergen. Dem hat nun die Regierung vorzubeugen versucht, indem sie allen denen Amnestie zusagt, die sich von der Sache des Kommunismus abwenden, und sie hat Prämien von 40 000 Dollar auf die Ergreifung Chutehs und der anderen Führer ausgesetzt. Die Furcht vor der Rache der Kommunisten wird auf die Haltung der Bevölkerung nicht ohne Einfluß sein.

Soweit aus den spärlichen Nachrichten hervorgeht, ist ein konzentrisches Vorgehen geplant, das die einzelnen Bezirke der Reihe nach aufnimmt. ... Läßt die Regierung aber überall Besatzungen zurück, so ist als sicher anzunehmen, daß die Propaganda unter ihnen bald beginnt und die Truppenkörper zerlegt werden. Die angekündigte Ausrottung des Kommunismus dürfte sich als eine schwierige Aufgabe erweisen.

Auffständigenkrieg in Marocco

Paris, 6. Januar. Nach einer im Journal veröffentlichten Agenturmeldung aus Casablanca kam es am 3. Januar zwischen einer französischen Eingeborenen-Polizeitruppe und dem Dissidentenstamm Ait Chotman bei El Abid zu einem schweren Zusammenstoß. Die französische Abteilung hatte den El Abid-Fluß überschritten, mußte sich aber nach einer schweren Niederlage auf ihren Stützpunkt zurückziehen.

Sie hat große Verluste erlitten. Ein Offizier, ein Unteroffizier und elf Schützen wurden getötet und ein französischer Unteroffizier und ein eingeborener Schütze verwundet. Außerdem werden ein Unteroffizier und fünf Schützen vermißt.

Textilstreik in Schweden

Stockholm, 6. Januar. Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen in der schwedischen Textilindustrie hat der Vorstand des Textilarbeiterverbandes den Streik begonnen auf den 7. Januar festgesetzt.

Die Unternehmer verlangen Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent, Abschaffung des Familienzuschlages und der freien Krankenpflege, während die Arbeiter Erhöhung der Stunden- und Monatslöhne verlangen.

Die Gewerkschaftsführer hatten bei den Verhandlungen große Nachgiebigkeit gezeigt, mußten aber unter dem Druck der Massen den Streik erklären, wobei sie sich wieder einmal als Strategen der Niederlage zeigten. Der Streik soll nämlich nur partiell sein und von den 30 000 Mitgliedern des Verbandes nur 8000 umfassen.

Da sämtliche Unternehmer dem Unternehmerverband angehören, brauchen sie nur die Aufsicht der bestreikten Fabriken auf die nichtbestreikten Betriebe zu übertragen, um den Kampf der Arbeiter von vornherein unwirksam zu machen.

Die Sowjetmacht kämpft für Sozialismus und Frieden

Die Rede des Genossen Molotow

Moskau, 5. Januar. (Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion.) Die Tagung des Zentralexekutivkomitees der UdSSR, die u. a. Fragen des Volkswirtschaftsplanes 1931, des Staatsetats und der Heranbildung qualifizierter Arbeitskräfte prüfen wird, ist gestern eröffnet worden. Dem Präsidium gehören Stalin, Petrowski, Tschernjafski, Woroschiloff, Ordjonikidse u. a. an. Dem ersten Bericht über den Volkswirtschaftsplan erstattete der Vorsitzende des Volkswirtschaftsrates, Molotoff, der mit kühnsten Optimismen begrüßt wurde.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Genosse Molotow, widmete den ersten Teil seines Berichtes an die Session des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion der Charakteristik der Ergebnisse der verflochtenen zwei Jahre des Fünfjahresplans und dem Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1931.

Zur außenpolitischen Lage erklärte Genosse Molotow: Unsere Hauptaufgabe ist die Sicherung der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes. Dazu brauchen wir den Frieden. Die

Sowjetunion baut den Sozialismus angesichts einer Verschärfung des Klassenkampfes und verstärkter Feindseligkeit seitens der kapitalistischen Umwelt, angesichts einer wachsenden Instabilität der internationalen Beziehungen auf. Die Weltkrisis verschärft sich noch. Ihren Höhepunkt wird sie offenbar im Jahre 1931 erreichen. Selbstverständlich liegt eine wachsende politische Instabilität in den Beziehungen zwischen den kapitalistischen Staaten vor. Gleichzeitig sind immer neue Versuche zur Verstärkung der Antisowjetkampagne wahrzunehmen. Diese Antisowjetaktionen stehen den Interessen des Friedens durch und durch feindselig gegenüber. Die Sowjetmacht, die für den Sozialismus, für die Verbesserung der Lage der Massen kämpft, kämpft für den Frieden, der die Verwirklichung dieser Aufgaben gewährleistet. Jene aber, die die Antisowjetkampagne leiten, bereiten die Intervention und neue Kriege vor.

Wir kämpfen für die Verwirklichung des Fünfjahresplans in vier Jahren. Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert die Festigung des Friedens und die Steigerung der Macht der Sowjetunion für den Sieg des Sozialismus, damit die Sache des Friedens im Interesse der ganzen Welt erstarkt.

1931 — Durchbruchsjahr an der sozialistischen Aufbaufront

Referat des Genossen Kujbischew über den Volkswirtschaftsplan für 1931

Moskau, 6. Januar. Der Vorsitzende der Staatlichen Planwirtschaftskommission, Genosse Kujbischew, der auf der Tagung des Zentralexekutivkomitees nach Genossen Molotow den Bericht über den Volkswirtschaftsplan für 1931 erstattete, legte eingehend den Plan der einzelnen Wirtschaftszweige dar.

Genosse Kujbischew erklärte u. a.: Der wichtigste Bestandteil des Planes für 1931 ist die Entwicklung unserer Kraftwirtschaft und der Brennstoffindustrie, insbesondere der Kohlenförderung. Die Kohle steht im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit. Im Plane ist eine Kohlenförderung von 83,5 Millionen Tonnen vorgesehen, wodurch die Vorkurschläge des Fünfjahresplans für 1933 um 10 Millionen Tonnen überschritten werden. Der Plan für 1931 sieht eine

Steigerung der Kohlenförderung um 40 Prozent vor — eine schwierige Aufgabe, die jedoch unseren Produktionsmöglichkeiten vollaus entspricht.

Der bereits im Jahre 1930 eingeschlagene Kurs auf die Mechanisierung soll weitergeführt und ausgebaut werden. Im Jahre 1931 sollen im Donezbecken bereits 80 Prozent, in den östlichen Kohlenrevieren 48 Prozent der gesamten Kohlenausbeute auf mechanischem Wege erzielt werden. Große Aufmerksamkeit soll im laufenden Jahre auch der Inbetriebnahme neuer Kohlenlagerstätten zugewandt werden. Die Hauptbestände unseres „schwarzen Goldes“ (86 Prozent der gesamten Kohlenbestände der Sowjetunion) befinden sich in Sibirien, und dabei liefern sie vorläufig nur 12 Prozent der gesamten Kohlenausbeute. Dieses Mißverhältnis muß überwunden werden, und das Jahr 1931 soll in dieser Hinsicht eine Wendung bringen.

Sodann spricht Genosse Kujbischew über die Kraftwirtschaft. Gemäß dem staatlichen Elektrifizierungsplan sollten im Laufe von 10 bis 15 Jahren 1 750 000 Kilowatt erzielt werden. Am 1. Januar 1931 haben wir bereits 1 300 000 Kilowatt, am 1. Januar 1932 werden es 2 300 000 Kilowatt sein. Im Laufe eines einzigen Jahres eine Million Kilowatt in Betrieb zu setzen,

solche Tempi übersteigen die amerikanischen.

Nicht minder wichtig ist auch die Metallfrage. Am Ende des Jahres fünfts sehen wir 17 Millionen Tonnen vor. Somit wird unser Land

alle kapitalistischen Länder Europas weit überragen.

Für den Bau neuer Hüttenwerke sollen im laufenden Jahre 900 Millionen Rubel aufgewendet werden. Besondere Berücksichtigung hat im Volkswirtschaftsplane das Ural-Kusnez-Kombi gefunden. Im Bau des Ural-Kusnez-Kombinats werden 1500 Millionen Rubel investiert, d. h. ebensoviel, wie im ersten Jahre des Fünfjahresplanes für die gesamte Industrie der Sowjetunion aufgewendet wurde.

Im laufenden Jahre werden 600 neue Industriebetriebe ihrer Bestimmung übergeben. Die Stalingrader Traktorenwerke werden 40 000 Traktoren liefern.

Die Arbeitslosigkeit ist in der Sowjetunion ein überlebter Begriff. Im Jahre 1931 werden wir zwei Millionen neuer Arbeiter benötigen.

Sodann wendet sich Genosse Kujbischew der Landwirtschaft zu. Das Jahr 1931 wird ein noch härteres Übergewicht der sozialistischen Elemente bringen, und in manchen Bezirken (Ukraine, Nordkaukasus, Mittelvolga- und Niederwolgagebiet) werden die sozialistischen Elemente bereits vorherrschend sein. Die Rolle der Industrie bei der Konstruktion der Landwirtschaft steigt von Jahr zu Jahr. Das Traktoreninventar in der Landwirtschaft wird von 18 Prozent im Jahre 1930 auf 60 Prozent steigen. Im laufenden Jahre wird die Anbaufläche auf 143 Millionen Hektar (Frühjahrs- und Winterausaat inbegriffen) erweitert. Im Jahre 1931 werden

mehr als 100 000 Traktoren

unser Felder bestellen.

Zum Schluß erklärt Genosse Kujbischew: In einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen werden wir im Jahre 1931 die Vorkurschläge des Fünfjahresplans überholen. Die Lösung „Einholen und überholen!“ wird eine reale Tatsache. Der Wettlauf hat bereits begonnen. Der Ausgang dieses Wettlaufes ist für uns klar. Wir werden als erste zum Ziel kommen. Für uns ist die Geschichte, für uns ist das revolutionäre Bewußtsein der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Die Straße ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von N. Tokunaga

Copyright © Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

3. Fortsetzung

Aber jetzt hatten nicht nur die jungen Leute diese ermüdeten, gleichförmigen und schnell zum Jörn gereizten Gesichter. Und nicht nur die Menschen — die ganze Straße ohne Sonne, auch die Ziegelgebäude der Fabrik, die sehr böse und ganz leer und stolz auslachen. Die Kleinhändler der Hauptstraße, die Frauen in den Baracken und die umherziehenden Spielwarenhändler, die von den Groschen der Kinder lebten — alle waren böse.

Sie fühlten, daß ihnen etwas in der Kehle steckte, sie waren sehr gehetzt, gereizt und ungeduldig. Sie wußten nicht, was es war.

„Teufel nochmal, nieder damit!“
Immer schienen solche Ausbrüche der Wut auf ihren Lippen zu liegen

III. Bewohner

„Und deshalb Vater, sprich mit der Schwester, wenn sie zurückkommt, ich kann nichts dafür.“

Otago war in Bedrängnis, sie wartete sehnsüchtig auf ihre Schwester Takae. Trotzdem Otago sehr schüchtern war und keine Worte fand, den kranken Vater zu überzeugen, brachte sie es nicht über sich, diesem Streik zu verraten. Unwillkürlich mußte sie sich vor dem Vater, der mit zornbläuem Gesicht bat und drohte, auf den Namen der Schwester berufen. Solche Macht hatte die ältere Schwester über den Vater.

Ausgeschliffen, diese Wahnwitzige würde nicht verstehen, was ich sage. Aber du, Otago —

Das Gesicht des Kranken verzog sich vor Schmerz. Der Schmerz wütete in seinen Gelenken, die in der Kälte zitterten. Mit den Augen zwang er Otago, die mit dem Kessel in die Küche wollte, zu bleiben.

„Selbst du redest bei jedem zweiten Wort von Verrat und so — — oder das ist alles Unsinn — —“

Hartnäckig bestand der Kranke darauf, daß Otago unbedingt in die Fabrik gehen müsse. Er wollte sein Versprechen, das er dem Meister Yoshida gegeben hatte, halten. Denn er hielt ihn für seinen Wohltäter.

„Ich alter Mann und ihr Mädchen, wir müssen der Gesellschaft dankbar sein. Wir haben bis jetzt von dem Reiz der Gesellschaft gelebt. Die tote Mutter dachte auch so und ihr müßt ebenso denken.“

Otago dachte an ganz andere Dinge — ich mag gleich Abendessen bereiten, die Schwester muß gleich zurück sein. Die Schwester ging mit anderen Mädchen in die Stadt als Wanderhändlerin, um für den Streik Geld zu verdienen.

„Na, wenn es soweit ist, werde ich Takae verstoßen und fortjagen. Wenn du nur willst, wird Herr Yoshida dich morgen schon in der Fabrik einstellen, ohne daß die Leute, die streiken, davon wissen, hörst du?“

„Um Gotteswillen — —“
Sie sah in die bösen Augen des Vaters und fühlte, wie ihre Liebe zu ihm schwand.

„Vater, dann hast du es dem Herrn Yoshida versprochen — ja?“

Sie sah dem Vater scharf in die Augen und wollte aufstehen; ihre junge Stirn war blaß.

„Also, willst du nicht gehen?“

Der Kranke richtete sich mühsam auf und wollte das Mädchen am Knie festhalten. Während sie sich voller Angst zurückzog, hörte sie Takae kommen und war sehr froh. Der Vater brummte böse.

„Du bist mir die Richtige, so mit deinem Vater zu zanken.“

Takae kam lächelnd herbei, sie klopfte den Staub von ihren Strümpfen.

Der Kranke war recht enttäuscht, wollte aber heute nicht, wie sonst immer, zurücktreten. Böse sah er von Otago zu Takae.

„Draußen weht ein starker Wind... ach, ich bin so müde.“

Sie sah abgelenkt und müde da, aber sie sagte mit betonter Munterkeit:

„In der alten Baracke ist es doch wärmer als draußen, sie ist ihre 15 Yen 50 Sen Miete wert.“

Takae tat, als hätte sie von dem Streit zwischen dem Vater und ihrer Schwester nichts gemerkt

„Kago-tjan, sei lieb und mach was zu essen, ich kann mich vor Hunger nicht mehr bewegen.“

Otago wollte die Gelegenheit wahrnehmen, um auszuweichen und hinauszuweichen.

„Bleib!“ bellte der Vater.

Otago jögerte.

„Was ist denn mit euch, was habt ihr?“

Wenn man ihn so fragte, konnte er nicht in dem Ton weiterbrüllen.

„Was hast du denn, Kago-tjan, du siehst so müde aus?“

Takae war nur drei Jahre älter, aber sie hatte an Otago Mutterstelle vertreten.

„Vater hat sicher wieder angefangen zu jammern. Laß ihn nur, laß ihn nur. Man muß nicht böse werden, wenn er ein bißchen irrt.“

Otagos Mund verzog sich unwillkürlich zu einem Lächeln.

„Was — du verrücktes Weib, du bist selbst irrt und du verachtest deinen Vater.“

Der Kranke schrie, nahm die Teetasse, die neben seinem Kissen stand und warf sie nach Takae. Die Tasse traf das Ohr des Mädchens und fiel auf den Boden.

„O weh!“

Sie griff mit der Hand an ihr Ohr, aber sie regte sich nicht weiter auf.

„Vater, ich verachte dich gar nicht, ich habe es gewiß nicht so gemeint. Aber du sollstest mich auch nicht verachten.“

Otago ging in die Küche, um das Abendessen zu machen.

Takae sagte, während sie ihre Waren, Seife und Federhalter ordnete:

„Hör mal, Vater, du denkst falsch. Jedes zweite Wort das du sprichst, ist wahnsinniges Weib. Die Zeiten haben sich heute geändert gegen damals, wo dich der vorige Meister so geliebt hat und du deine Hand in der Schneidemaschine verloren hast.“

Takae streichelte ihr schmerzendes Ohr und fuhr leise fort:

„Für dich sehen wir vielleicht wahnsinnig aus. Von unserer Seite aus aber, muß ich leider sagen, bist du ein bißchen garstig und komisch.“

Der Kranke warf sich herum und drehte sein Gesicht der Wand zu.

Gebrüder Wolffs Gaststätten in allen Stadtteilen!

Zentrum

Union-Weinhaus
Bestger: Willy Neumann
Weisse-Stühchen-Bar
Neue Gasse 2 Tel. 200 05

Albert Gutsche, Reuschestr. 29/31
bekannt als leistungsfähig in Leder- u. Schuhbedarfsartikeln
Zweigstellen: 1. Gräbchener Str. 19 21 / 2. Mollkestr. 14
3. Bohrauer Straße 27 / 4. Poststraße 7
Einkaufsquelle sämtlicher Werkstoffe!

P. Pohl Schokoladen, Kakao, Zuckerwarenfabrik
Filialen in allen Stadtteilen

Metallbettstellen / Matratzen
Gaskocher
Beier & Olowinsky G.m.b.H.
Herrenstraße 31

Menzels Brauerei - Ausschank
Vorkauf von 3-Kronen-Jamb'ler
Kupferschmiedestr. 5/6, Fernr. 58117
Bestempfohlene warme und kalte Küche
Reichhaltige Mittag- und Abend-Karte

Mütze und Hut
kaufen Sie gut
ROBERT SCHUPPE, Nikolaistr. 34

"Alkazar"
Die Unterhaltungsstätte
des Volkes!
Direktion Gust. Böttner

W. Kelling
reingt / färbt / wäscht

NÄHMASCHINEN
für Haushalt, Heimarbeit u. Gewerbe
10 Mk. Anzahlung, 2,50 wöchentl. Ratenzahlg.
Jos. Greulich, Feinmechanikerstr.
Herrenstraße 24 Tel. 507 65

"Zur gold. Marie"
HOBNERS Brauerei, Breitestr. 39
selbstgebraute Biere, anerkannt
preiswerte und gute Küche

CARL PAUL, Schützengasse 3/5
Getreide-Dampfbrennerei
Spezialität: "Friedens-Crem"

Uhren, Gold- und Silberwaren
ARNHOLD ROSENTHAL
Neue Schneideritzer Straße 5
Beste Bezugsquelle für
Arbeiter, Angestellte u. Beamte

Für die Augen
Heidrich
Optikermeister • Stadttheater geradeüber

Denk an die Deinen
durch Abschluss einer Befattungs- oder Lebensversicherung beim
Volkswohl-Bund
Allg. Befattungs- und Versicherungsverein a. G. Berlin. Bezirksdkt. Breslau, Junkernstraße 12
Geheimtätigkeiten an allen größeren Plätzen der Provinz Schlesiens und Ober-Schlesiens

RESERVIERT

Brauerei u. Ausschank
„Zum groß. Meerschiff“
Inf. L. Woyal
Breslau, Reuschestr. 28
(1 Minute vom Königsplatz)
Telephon 50638
Ausschank nur selbstgebraut. Biere
Anerkannt gute Küche
Mittagstisch von 12 bis 3 Uhr

Kauf bei
Blasse!
Blasse ist billig!
Breslau, Graupenstr. 6-10
FRANZ MOTZEK, Nikolaistr. 24
BACKEREI u. KONDITOREI

Theodor Buchali
Zwingerplatz 2
und Filialen
Vogelfutter / Vogelkäfige
Käfig-Utensilien

A. M. Remak, Kupferschmiedestr. 37
zwischen Schmiedebrücke u. Oderstr.
Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel
Lederausschnitte billigst
SIEGFRIED FRIEDLÄNDER
Oltzauer Straße 39
empfiehlt Qualitätsgebäck aller Art

DIE Zigaretten für ALLE
Haus Bergmann
Zigarettenfabrik AG., Dresden

EDUARD SCHÖNFELDER, Neue Taschenstr. 37
im Hotel „Kronprinz“ Tel. 297 31
HOTEL „GELBER LOWE“, Oderstr. 23
Treff • sämtlicher Werkstätten
Fremdenszimmer zu erm. Preisen

West

Zentral-Theater / Ballsäle
Breslau 6 / Westendstraße 50/52
Inhaber: Alfons Hahn / Fernruf 234 29

Merkur-Drogerie
WILLY KLINNERT
Leuthenstraße 12/14

KARL MILDE
Kohlenhandlung und Fuhrgeschäft
Posener Str. 70. — Tel.: 585 74

Kaufhaus
EMIL SCHMELZ
Friedrich-Wilhelm-Straße 25

RESERVIERT
MAX KUNDEL
Fleischerei und Wurstfabrik
Friedrich-Wilhelm-Str. 107
Kauft Blumen und Kränze
bei Frau ELISABETH ROESSLER
Altenstraße 25
AL-RED WOLF
Eisenhandlung, Haus- u. Küchengeräte
das größte Spezialgeschäft des Westens
Altenstraße 56, Ecke Leuthenstraße

Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL GILLER, Alsenstraße 4
Fleischerei und Wurstfabrik
BERM. LOREK, Alsenstraße 68
Fleischerei und Wurstfabrik
EDUARD GUNDLACH, Alsenstr. 53
Filialen: Westendstr. 109 u. Katschestr. 5
Fischwaren — Röhrenwaren
HUGO ULLMANN
Friedrich-Wilhelm-Straße 99
Roßschlächterei
GUSTAV GRÄBER, Inh. Robert Gräber
Friedrich-Wilhelm-Straße 100

Fleischerei und Wurstfabrik
RICH. DREUCKER
Westendstraße 45
Glückauf-Apotheke
Zehnerstraße 3 a
FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Agnas Berndt, Lange Gasse 58
Wollins Festsäle, Frankfurter Str. 109/11
leden Sonntag und Dienstag Tanz
Saal zu Festlichkeiten
Konrad Stanke, Frankfurter Str. 166
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte

Kolonialwaren, Delikatessen, Koperwaren
Weine, Zigaretten, Zigarren, Tabakwaren
FRANZ RZEHULKA
Alsenstraße 48, Ecke Leuthenstraße
Fisch-Spezialgesch.
K. Schinzel, Frankfurter Str. 127
SCHUHWAREN
nur bei
WILHELM VOGEL
Scheitniger Straße 12
Friedrich-Wilhelm-Straße 66

KAISER-FRIEDRICH-APOTHEKE, Th. Grundts
Anfertigung von Rezepten sämtl. Krankenkassen
Friedrich-Karl-Straße 25, Ecke Alsenstraße
FLEISCHEREI und WURSTFABRIK
Alfred Wolf, Zehnerstraße 3a
RESERVIERT!
Reserviert
BACKEREI u. KONDITOREI
G. ZOROWKA
Westendstraße 65

Nord

Gaststätte Blumenthal vorm. Windisch
Matthiasstr. 148
empfiehlt gutgepflegte Biere und Getränke
Anerkannt gute Küche / Aufmerksame Bedienung

Gustav FEIERTAG, Elbingstraße 5
Bäckerei u. Konditorei
HEDWIG DEPTA, Leuthenstraße 8
FISCH-SPEZIAL-GESCHÄFT
Ems FAULHABER, Trebnitzer Str. 46
Kolonialwaren
und Lebensmittelgeschäft
Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“
RICHARD ELISON
Matthiasstraße 161/63
ERNST FRENZEL, Matthiasstraße 142
Bäckerei u. Konditorei
Julius RAUCHFUSS, Scheitniger Str. 33
Gaststätte / Fabrikation
und Verkauf von Spirituosen
Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZE NACHF.
Trebnitzer Straße 52

EDUARD HOFFMANN.
Molkerei
Weißburger Straße 34
Schuhwaren / Reparaturwerkstatt / Maßarbeit
KARL WOLNY
Waterloostraße 11
W. ZEMBROD
Waterloostraße 11
Kolonialwaren
Spirituosen
Kolonialwaren / Delikatessen
EMILIE STRAUCH, Matthiasstr. 96
Reserviert!
Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89
Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft

F. KOHN, Kospothstraße Nr. 18
Fischwaren-Spezialgeschäft
Gett und preiswert kaufen Arbeiter
in der Bäckerei
F. BERGER, Kreuzstraße 26
M. SCHOLZ, Oltzauerstraße Nr. 15
Kolonialwaren / Konserven
Spirituosen / Weine
G'ISTAV PUTZKE, BRESLAU
Die billigste Einkaufsquelle in
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Kletschknustraße 15 u. Bänderplatz 12
FRITZ MÖLLER
MOBILIEN-VERLAG
Spez. Mehl, Vogelfutter, Eisenwaren
Matthiasstraße 85
Fleischerei u. Wurstfabrik
ERNST BUNKE, Ottostraße 24
Telephon: 448 50

Möbelhaus
Paul Rogoll, Matthiasstr. 59
kauft man gut und billig!
Gaststätte „Zum Lessing“
Adalbertstraße 10
Treff • sämtl. Werkstätten
Saal für Vereinsfestlichkeiten
Hut-Hönisch
Matthiasstraße Nr. 139
K. Salomons Gaststätte, Rosenstr.
Treffpunkt sämtl. Werkstätten

MöBEL
Lorenz
Matthiasstr. 115
100 Mus. 1 Zimmer
u. Einzelmöbel
Zahlenserie chierog.
Fisch Aberle
Matthias Str. 159
Paul Herrmann
Bäckerei u. Konditorei
Trebnitzer Straße Nr. 64
Fleischerei und Wurstfabrik
PAUL BERNDT
Weißburger Straße 4

Kolonialwaren / Spirituosen
HEINRICH TITZE NACHF.
Trebnitzer Straße 52
SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85

RESERVIERT!
Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89
Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft

RESERVIERT!
Kolonialwaren / Spirituosen
JOHANNES LUBINSKY
Matthiasstraße 89
Hermann Lange, Matthiasstraße 183
Lebensmittelgeschäft, Wild u. Geflügel
ANTON MAKOSCH, Matthiasstr. 48
Fisch-Spezialgeschäft

Süd

Das echte
Schlüttenbrot
Vollkornbrot
HERMANN SCHOLZ, Bäckermelder
Gräbchener Str. 68

Eduard Sternitzke, Lewaldstr. 8
Fleischerei u. Wurstfabrik
Karl Fröhlich, Gräbchener Str. 89
Molkereiprodukte
Säuremilch / Kolonialwaren

Kookrezepte billiger Einkauf
im Seifenhaus und Warenhauspreisen
Cobitzstraße 4
Wiederverkauf Sonderpreise!

SCHUHHAUS FRÖHLICH
Spezialhaus
für Herren-, Damen- und Kinderschuhe
Klosterstraße 85

Erk. Feuerbestattungen
Bestattungsversicherung
Niedrige Preise